

'Danziger Eisenbahn- und Hafenbeamten, eine Deutschliberale Partei, eine Bürgerliche Liste, eine Deutsch-Danziger Hausbesitzerpartei, eine Liberale, eine Mieterpartei, eine Christliche Volkspartei u. a. m., ist ein ganzes Panoptikum politischer Querkörper, die alle nur an sich selbst denken, niemals aber an die Gemeinwohl. In den Kreisen Großes Werder und Danziger Riederung, in denen jetzt gewählt worden ist, fanden die beiden letzten Kreiswahlen im Jahre 1927 und im 1931 statt. 1927 nahmen die Nationalsozialisten, die im Danziger Freistaat noch in den Anfängen ihrer Entwicklung standen, an den Wahlen nicht teil. 1931 konnten sie im Kreise 'Danziger Riederung 2500 von 15 135, und im Kreise Großes Werder 3744 von 19 127 abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Sie waren damit nach den Sozialdemokraten und vor den Kommunisten, die an dritter Stelle standen, die zweitgrößte Partei. Die letzten Gemeindevahlen fanden in den erwähnten Danziger Kreisen im Jahre 1928 statt. Die Nationalsozialisten waren unter dem Wahlkampfbesitztag Kreislern damals noch nicht vertreten. 26 von 10 Vandemeinden des Kreises Großes Werder waren damals marxistisch, 16 hatten damals eine sozialdemokratische und 10 eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit. Im Kreise Riederung waren damals von 63 Gemeindevertretungen 19 marxistisch, und zwar hatten 12 eine sozialdemokratische, 4 eine kommunistische und 3 eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit.

Die letzte Wahl in Danzig, die zum Vergleich mit den jetzigen Wahlen herangezogen werden muß, ist die Wahl zum Danziger Volkstag im Mai vorigen Jahres gewesen. Damals wurden im Kreise 'Danziger Riederung 14 629 Stimmen abgegeben. Davon entfielen 9716 Stimmen, also weit über die Hälfte, auf die Nationalsozialisten. Deutschnationalen und Zentrum, die sich jetzt zur Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft zusammengelunden haben, hatten damals 631 bzw. 526, zusammen also 1157 Stimmen zu verzeichnen. Die Sozialdemokraten konnten 2106, die Kommunisten 1154 und die Polen

11 Stimmen verzeichnen. Im Kreise Großes Werder erreichten die Nationalsozialisten im vorigen Jahre 14 408 von 25 671 abgegebenen Stimmen. Die Deutschnationalen hatten 682, das Zentrum 2783, die Sozialdemokraten 3303, die Kommunisten 1502 und die Polen 17.

Auffällig ist das Wahlergebnis in der Ortschaft Schöneberg im Kreise Großes Werder gewesen. Dort hat nämlich die sog. Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft bei der Gemeindevahl nicht viel weniger Stimmen als die NSDAP erhalten, ein Fall, der sich sonst nirgends ereignet hat. Überall sonst haben die vereinigten Zentrums- und 'Deutschnationalen, wenn sie überhaupt Stimmen zu langen vermachten, nur noch eine Handvoll Leute hinter sich gehabt. Dieses auffällige Ergebnis erklärt sich daraus, daß die Sozialdemokraten und Kommunisten, die bei den Kreiswahlen auch in Schöneberg ihre eigene Liste nahmen, bei den Gemeindevahlen ihre Stimmen für die sog. Arbeitsgemeinschaft abgegeben haben, die dadurch 4 Sitze in der Gemeindevvertretung gegenüber 5 nationalsozialistischen Sitzen zu gewinnen vermochte. Das Übergewicht der NSDAP ist also auch hier gefehert. Immerhin ist Schöneberg die Gemeinde im ganzen Wahlgebiet, die noch die stärkste Opposition aufweist. Das veranlaßte den Kreisleiter der NSDAP, schon am Tage nach der Wahl mit einer öffentlichen Kundgebung in Schöneberg hervorzutreten. Der Erfolg dieser raschen Wiederannahme des Kampfes um die Schöneberger Volksgenossen war, daß der Gegner schon vor Beginn der Berämung die Waffen streckte. Der Spitzenkandidat der 'nationalen Arbeitsgemeinschaft hatte sich bereits mit den weiteren zu wählenden Gemeindevetretern der nationalsozialistischen Fraktion angeschlossen. Er ist fernor aus dem Zentrum ausgetreten und hat es abgeteilt, von seiner Wahl auf der Zentrumsliste für den Kreisstag Gebrauch zu machen.

Die Litauischen „Kulturträger“.

Sprachfehler.

Das illegale Direktorium Reissigs hatte vor einiger Zeit angeordnet, daß von einem bestimmten Termin an sämtliche Wachen, Sirenen- und sonstigen Schilder in der Gegend litauisch oder neben der deutschen auch eine litauische Beschriftung aufweisen mußten. Als die Abänderung der Schilder den zur Zeit im Memelland „regierenden Herren“ nicht schnell genug ging, machten sie das von ihnen aus Schamaiten importierte Geheiß mobil. Studenten der litauischen Handelshochschule in Memel lürnten durch die Straßen der Stadt und bemäßen durch die Beschildigung und gewaltsame Entfernung deutscher Firmen Schilder ihre akademische Bildung. Auch in der Kirchenprache wollen die Schamaiten „Kulturträger“ jetzt durchgreifen. Zur sämtliche Glaubensbekenntnisse soll die litauische Sprache zwangsweise eingeführt werden.

„Nur das vollständige Erkenntnis soll von dem Umgang, sich in den Synagogen des Litauischen zu bedienen, befreit sein. Das Hebräische wird also wohl als einzige Sprache für „mürrig“ befunden, gleichberechtigt neben dem Litauischen zu stehen. Auch das litauische Heer ist jetzt in verklärtem Maße in den Dienst der zwangsweisen Lituanisierung gestellt worden. Von aus dem Memelland stammenden Rekruten ist es bei Strafe verboten, sich in der privaten Unterhaltung der deutschen Sprache zu bedienen. Wird aber ein solches Vergehen begangen, so muß der selbstschuldigste Aufseher mit dem Wahn des höchsten Gesicht mindestens von Stunden lang frommschweigen. Die meisten der Rekruten brechen bei dieser Artur, die an französische Fremdenlegionsmethoden erinnert, schon vor Ablauf der befohlenen Zeit zusammen. Daß die memelländischen Rekruten die ihnen von Hause zugesandten Pakete erst mit großer Verpätung erhalten, wenn die darin enthaltenen Chmaren verborben sind — falls die Pakete ihnen überhaupt ausgeliefert werden —, das gehört zu den „kleinen Schikanen“, in denen sich der Nationalismus des nur zu negativen Leistungen fähigen litauischen Beamtenregimes täglich neu offenbart.

Was alles befreit wird.

Einige Beispiele dafür, was alles auf Grund des Zuchthausgesetzes, des sogenannten Gesetzes zum Schutz von Volk und Staat, im Memelgebiet als „hochverfährliches Verbrechen“ gilt und mit meist hohen Freiheitsstrafen geahndet wird. Ein deutscher Memelländer, August Friedrich Jakke aus dem Kreise 'Daugen steht unter Anklage auf Grund des § 22 des genannten Gesetzes, weil er auf die beiden Seiten eines Säkes Hakenkreuze gemalt hat und diesen Sack wie eine Fahne am Hause ausbänderte. Ein Mexikos aus Memel ist auf Grund des § 2 anklagig worden. Er wird beschuldigt, einer Memelländerin abgeraten zu haben, ihre Kind in die litauische Schule zu schicken. Einmal Meyer hat sich auf Grund des § 2 zu verantworten, da er zu einem memelländischen Briefträger gesagt hat, er soll die litauische Postform ausziehen. Gegen Helmut Junifskis und Heinrich Grigoletti lautet die Anklage auf Grund des § 22, weil sie auf einem Dach aus Dadplanen ein Hakenkreuz hergestellt hatten. Der Kaufmann Georg Ruppelt hat sich auf Grund des § 12 zu verantworten. Er hat den Memelländern empfohlen, sich nicht mit Litauern einzulassen. Das ist nur ein kleiner Teil der im Monat Dezember zur

Verhandlung kommenden „Verbrechen“. Dazu kommen noch die zahlreichen Strafen der litauischen „Kommunisten“ des Memelgebietes. Es verhält sich kein Tag, an dem die Wächter des Memelgebietes nicht eine Reihe von Fällen zu melden haben, in denen deutschgelebte Memelländer wegen der geringsten oder oft sogar wegen überhaupt nicht begangener Vergehen mit Geld- oder Freiheitsstrafen belegt werden.

Ein Heer von Spigeln.

Seitdem Reissigs als Präsident des Direktoriums das Memelgebiet schikaniert, ist die Zahl der von den litauischen Polizei ausgehoblenen Spigel auf über 400 gestiegen. „Nur 3. C. handelt es sich dabei um alleingesehene Bewohner des Memelgebietes, denen das korrupte System der unter der russischen Krone großgeordneten Schamaiten das moralische Rückgrat gebrochen hat. Zum größten Teil ist dies Heer von Spigeln und 'Drookaturen aus minderwertigen Gehäuden von jenseits der alten deutsch-russischen Grenze zusammen. Diese Sündenprobenungen, die zu unzähligen Helfern der großzügigsten Fremdenfeindschaft im Memelgebiet geworden sind, machen das Land seit Monaten unsicher. Es ist in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen, daß sie sich in angetrunkenem Zustand in vertriebenen Memeler Gäßchen bewegten und dort das Personal wie die Gasse mit der Waffe belästigten und bedrohten. Die Zerbe pflegen die zugewanderten Gäste nur sehr selten zu bezahlen; sie geben nämlich an, nicht aus eigenem Antrieb, sondern in dienstlichem Interesse in das Lokal gekommen zu sein und verlangen, daß die Zerbe vom Wirt bezahlt wird. Dieses den Memelern fremde Verhalten haben die Beamten der politischen Polizei kürzlich u. a. in den Memeler Gäßchen „Sprech-An“ und „Hotel zur Waule“ zum Ausdruck gebracht. Auf die Aufforderung der Kellerer, die Zerbe zu bezahlen, wurden diese mit dem Revolver bedroht, und nur dem Daymschfretoren eines sich in Memel aufhaltenden Boxers ist es zu verdanken, daß kein weiteres Unglück geschah. Daselbe passierte, als vor kurzem einige litauische Polizeibeamte infolge starker Kränklichkeit Stühle zerbrachen. Als der Angestellte des Lokals die Zerbarung der zerbrochenen Gegenstände verlangte, gogen diese Verurtheilten ihre Pistolen und verurtheilten, sich auf diese Weise aus dem Lokal zu entfernen. So haben die Memelländer außer durch die sonstigen Drangulierungen auch noch durch die Besetzungsbücherei der litauischen Polizei zu leiden.

Der famose Refse.

Zur die Art und Weise, in der die Litauer ihre Gewalttaten im Memelgebiet zu bewältigen versuchen, liefert der Sittliche Pandatos noch ein Beispiel. Pagalies ist ein neues 'Drookgebiet. Pagalies sollte am 8. September dieses Jahres einer Pandataggruppierung in Memel beheimaten, in der dem widerrechtlich eingesetzten Direktorium Reissigs das Mittrauen ausgeprochen werden sollte. Um die Befähigung des Pandatos zu verhindern, wurden mehrere Abgeordnete, darunter auch Pagalies, durch litauische Polizeibeamte an Erscheinen verhindert. Pagalies wurde durch einen Refsen, der litauischer Polizeipost ist, in ein Gasthaus nach Großlitauen bestellt, wo der famose Refse eine Schlüßlerer prozoozierte. Zur

diese Schlägerei wurde der Abgeordnete von der litauischen Polizei verurteilt, als in das Gefängnis eingeliefert zu werden, als die Verhaftung in Memel geschehen war. Pagolius, der weit über 60 Jahre alt ist, ist als rühmlich bekannt, der sich niemals in einen Handel einließen würde und der auch keinen Alkohol trinkt. Trotzdem ist der Abgeordnete jetzt wegen „Trunkenheit und Schlägerei“ mit einer Geldstrafe von 10 Lit belegt worden. Pagolius hat gegen diese Strafe Einspruch erhoben, der aber verworfen wurde. Es liegt hier also ein Fall doppelter Vergeltung vor. Einmal wird der Abgeordnete seiner Freiheit beraubt, um ihm die Teilnahme an der Verhaftung unmöglich zu machen, und dann wird er auch noch, um nach außen hin den Schein des Rechtes zu wahren, bestraft.

„Hunke-Dunke“ funkt dazwischen.

Der Empfang des Reichsenders Königsberg wird seit längerer Zeit durch einen in Memel stationierten litauischen Schwarzfänger systematisch gestört. Er arbeitete der Schwarzfänger A. am 14. November kurz nach 20 Uhr, wiederum auf Welle 515,850. Aus den Orten Elstj, Insterburg, Pilkallen, Heinrichsowde, Kobau und Heilsberg gingen Meldungen ein, daß der Empfang von Königsberg-Wellen auf diese Zeit unmöglich war. Die deutschen Rundfunkintendanten, die am 14. und 15. November in Königsberg tagten, konnten sich selbst davon überzeugen, daß die Störung sogar in Königsberg durchdrang. Die große Böhrengemeinde des Offens ist darüber sehr erregt, weil dieser Schwarzfänger, der anscheinend von ultra-reaktionären litauischen Kreisen betrieben wird, insbesondere den Empfang der Königsberger Heimatlautungen blockiert. Man ist der Ansicht, daß die verantwortlichen litauischen Stellen nicht ernstlich genug bemüht seien, den Subversoren das Handwerk zu legen. Die Angelegenheit entwickelt sich zu einem internationalen Rundfunkstreit, da vor allem auch nordeuropäische Staaten durch den Störer in Mitleidenschaft gezogen werden.

Jetzt hat die Litauer schließlich doch in die Grube gefallen, die sie den Deutschen zu graben hofften. Seit einigen Tagen ist ein neuer Schwarzfänger aufgetaucht, der dem litauischen Sender in Rauen erheblich ins Programm funkt. Er meldet sich mit folgender Andeutung: „Hier ist der Sender Hunke-Dunke! Da wir hier keinen einwandfreien Rundfunkempfang mehr haben, weil ein litauischer Schwarzfänger im Memeler Hafen den Rundfunkempfang stört, senden wir jetzt auf der Wellenlänge 515,850. Der Rauerer Programm wird durch diesen neuen Schwarzfänger vollständig zerstört und unverständlich gemacht.“

Partei- und Pressewesen der Ukrainer in Polen.

Die Parteien.

Im „Kurjer Warszawski“ berichtete St. Spotancki vor kurzem über die in Polen bestehenden ukrainischen Parteien. Die wichtigste von ihnen ist die Union (Ukrainische Nationaldemokratische Vereinigung). Ihr Führer ist Dr. Dumir Lewicki. Sie wurde im Jahre 1925 gegründet und will die Einigung aller Ukrainer ohne Unterschied des Standes und des Bekenntnisses herbeiführen. Das Maximalprogramm der Union ist der gereine, unabhängige ukrainische Staat. Ihr Mindestprogramm ist die territoriale Autonomie für Galizien. Ihre Ziele: Polen gegenüber ist ein allerniedrigste gemäßigtes, gegenüber Rußland ist die aufschlagende gleiche Forderung des Großgrundbesitzes (also der Polen) jenseits der einheimischen Kleinbauern und der einheimischen landlosen Bevölkerungsteile (also der Ukrainer). Die gemäßigste Haltung gegenüber dem polnischen Staat hat die Partei in den letzten Monaten zu einer scharfen Ablehnung der O.U.R., einer revolutionären, irredentistischen Gruppe, veranlaßt. Wegen der Kompromißbereitschaft der maßgebenden Kreise der Union hat sich vor nicht langer Zeit von ihr eine Gruppe radikaler ukrainischer Politiker losgelöst. Viele haben die U.R. (Front der nationalen Einheit) gegründet. Die F.O.W., mit Dumir Palizko an der Spitze, vertritt die nationalradikale Richtung, die keine bestehenden Verträge anerkennt. Sie lehnt zwar die Gewaltmethoden der O.U.R. ab, hält aber auch die gemäßigste Taktik der Union nicht für geeignet, den nationalenorderungen der Ukrainer Polen gegenüber zum Siege zu verhelfen. Eine andere Gruppe, die B.U.O. (Wohnungliche Ukrainische Vereinigung) steht auf dem Boden des polnischen Staates. Die U.R.O. (Ukrainische Nationale Erneuerung) wurde vom Bischof Chomajlyan in Stanislaw gegründet. Sie fordert die Autonomie, ist Polen gegenüber gemäßig. Weiter gibt es eine Reihe politisch links gerichteter ukrainischer Gruppen: die U.S.R.P. (Ukrainische Sozialistisch-radikale Partei), die U.S.P. (Ukrainische Sozialdemokratische Partei) und die U.P.P. (Ukrainische Arbeitspartei).

Zwischen einigen kleineren Gruppen ist noch eine besonders hervorzuheben, die aufgetragte Phantasie der Polen am meisten befähigt. Es sind dies die ukrainischen Nationalisten, die in der O.U.R. zusammengeschlossen sind. Spotancki nennt die O.U.R. „eine typische Konspirationsgruppe“ und sagt von ihr u. a.: „Da ihrer Taktik gehören Terror und Sabotage, so ihrer Propaganda Geheimdriftchen aus dem Ausland, Flugblätter, ukrainische Revolutionsforestage usw. Bei den Parteimitgliedern fiel mir die unerhörte Redegewandtheit auf. Ich weiß nicht, ob sonst eine revolutionäre

Denkmalsürmer.

Die Litauer haben vor einiger Zeit die Tatsache, daß vier junge Deutschen einige Tumen am 10. Augusten Freiheit denkwort in Memel beschlagnahmt haben, zum Anlaß genommen, um in moralischer Entrüstung zu machen. Sie haben diese staatsgefährliche Blumenbeschädigung zu einer sinnlosen und abgeschmackten Hehe gegen Deutschland benutzt. Die vier Schuldigen sind jetzt je vier Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Denkmal in Memel wohl sehr am Platze sein dürfte, muß man bei dieser Gelegenheit doch noch daran erinnern, daß die Litauer noch heute der Zerstörung der deutschen Denkmäler in Memel als einer patriotischen Leistung zu rühmen pflegen. Die Banalitäten, die seinerzeit die deutschen Denkmäler umflürzten und zerstörten, wurden damals sofort nach der Rat den litauischen Staatsbehörden zur weiteren Veranlassung benannt. Aber die litauischen Behörden haben es nicht nur ab, die Denkmalsünder zu ihrer Verantwortung zu ziehen, sondern haben ihnen obenrein noch besondere Ehrungen zuteil werden. Sie wurden mit der Einleitung in hohe Beamtenstellen belohnt. Einer der Denkmalsünder ist der frühere Wiesbadenbeisitzer Jonauskeitis, der jetzt Mitglied des illegalen Direktorium Reissigs ist. Zwei seiner Komplizen, Wanagaitis und Ebertas, erhielten als Belohnung die einträglichen Bahnhofseinkünfte in Heydekrug und Memel, nachdem man die deutschen Wirte hinausgeworfen hatte. Ein vierter, namens Enderkailis, wurde zum Moorrogg ernannt, und ein fünfter hatte durch die Denkmalschädigung seine besondere Eignung zum Bankpostdirektor des Kaiserreiches zu erweisen. Der ganze Denkmalsünder fand seinerzeit unter der Leitung der jetzigen Schaulitauerführers und Landtagsabgeordneten Wraselaitis.

Wann ist Smetona geboren?

Zur 60-Jahrfeier des litauischen Präsidenten Smetona wurden in diesem Jahre die Kirchen des Memellandes gemungen, Selbstgedächtnis abzuhalten. Der Kirchenbeamte eines memelländischen Vorkortes las zwei Lebensbeschreibungen des Staatspräsidenten, von denen die eine den Geburtstag auf den 1. Mai, die andere aber auf den 16. August legt (gefieurt wurde der Namenstag). Er fragte deshalb den litauischen Beamten, der ihm den Befehl zum Selbstgedächtnis übermittelte: „Wenn Sie einen Selbstgedächtnis anordnen, werden Sie mir auch angeben können, wann der Präsident nun eigentlich geboren ist. Man kann in einer Rede doch schließlich nicht sagen, er habe am 10. oder 16. Geburtstag.“ „Das weiß ich nicht“, entgegnete ihm der Beamte. „Machen Sie nur den Selbstgedächtnis, wie befohlen, und wegen des Geburtstages werde ich mal in Memel anfragen.“

verühmtere Partei für ihre Mitglieder besondere Anweisungen vorbereitet, wie man sich verhalten muß und die Polizeigenossen irreführen, und ob man so etwas theoretisch erkennen kann. Ich habe den Eindruck, daß trotz allem viel Kinder dabei ist, viel revolutionärer Arbeitsaus der Zeit irrendwelliger schwarzer Brüder, Wäcker usw., die heutzutage schon Wundertiere darstellen. Gebört zu solchen Wunderlingen nicht z. B. der Grundfuß, ukrainische Mädchen und Knaben im Alter von 8 bis 15 Jahren als Mitglieder in den Komitees der O.U.R. aufzunehmen? Kinder in einer Geheimorganisation? Willst du nicht man das Beispiel hierzu in dem Erziehungsprogramm der O.U.R. gesehen, denn der O.U.R. wirkt sehr stark auf die O.U.R., aber er ist immerhin keine geheime Organisation!“

Die politische Presse.

In der „Poljska Zbrojna“ ist am 24. Oktober ein längerer Artikel über die ukrainische Presse in Polen erschienen. Dessen Wert und Bedeutung wird von dem polnischen Verfasser mit harter Betonung sehr gering eingeschätzt. „Für die wirkliche Intelligenz“, heißt es da im Anschluß an eine recht unfreundliche Kritik des ukrainischen Volkscharakteres u. a., „kann die ukrainische Presse kein hindereichendes Nährmittel sein, da sie einem rein provinziellen Charakter trägt“. Neben den rein lokalen Nachrichten, die ausschließlich das ukrainische Leben berühren, und den politisch-nationalen Artikeln, trete die Berichterstattung über allgemein interessierende Weltereignisse in der ukrainischen Presse vollkommen zurück. „Da die ukrainische, mit der polnische, Verfasser, die gemeint sind, auf die wichtigsten politischen Interessen zurückzuführen und alles durch die Brille des ukrainischen Nationalismus zu sehen, fehlt ein größerer Gesichtswinkel auf die Welt und das Interesse für den Gang der in der Welt abspielenden Ereignisse.“ Zum provinziellen Charakter der ukrainischen Presse trage auch der Umstand bei, daß sich die Presse, der Struktur der ukrainischen Bevölkerung entsprechend, dem niedrigen Niveau der Leserschaft anpassen müsse. Die ukrainische Intelligenz stamme vom Lande, ihr Horizont sei daher begrenzt, und da sie ihr ganzes Leben in der Hauptstadt auf dem Wege und in den kleinen Provinzstädten verbringe, interessiere sie sich in erster Linie auch für Fragen des ländlichen Milieus. Die ukrainische Presse könne ihr Niveau nicht den Bedürfnissen der dünnen Schicht der Intelligenz anpassen, die wirklich an den großen Dingen der Welt interessiert sei, sondern sie müsse überaus volkstümlich gehalten sein, um den Kontakt mit dem Bewohnen des flachen Landes und der kleinen Städte nicht zu verlieren. Da dort das Leben langsamer als in der großen Welt fliehe und eine aktuelle Berichterstattung daher nicht

fo notwendig sei, sei der am meisten gängige Typ der ukrainischen Zeitung nicht die Tageszeitung, sondern die volkstümlich illustrierte Wochenchrift sozialpolitischen Charakters.

Die Darstellung des politischen Verfassers mag einige richtige Beobachtungen enthalten. Aber er scheint die ukrainische Presse doch allzu sehr mit dem Fohndum als zentralistisch denkenden Vorwurfsbuch zu betrachten, der dazu nicht, alles, was außerhalb der hauptstädtischen Mauern geschieht — und je selbst in Lemberg, Wilna oder Krakau — als provinziell rückständig zu bezeichnen beliebt. Daraus, daß die Ukrainer alles durch die Brille des ukrainischen Nationalismus sehen, kann man ihnen schließlich keinen Vorwurf machen. Das machen die Polen nicht anders. Und die Ukrainer haben wirklich keinen Anlaß, sich zur Betrachtung der Weltereignisse eine polnische Brille zu borgen. Daß übrigens das Interesse für die Weltereignisse in der ukrainischen Presse nicht so stark ausgeprägt ist, wie für die Dinge ukrainischen Charakters, ist nur natürlich. Die Ukrainer belihen keinen eigenen Staat, der sie in einen unmittelbaren Zusammenhang mit allem bringen könnte, was „draußen“ geschieht. Schließlich ist auch die polnische Presse in der Zeit der polnischen Staatenlosigkeit keine „hauptstädtische“, sondern im großen und ganzen eine ausgesprochene „Provinzpresse“ gewesen. Und auch heute noch lassen sich die polnischen Tageszeitungen, die eindeutig und meisthin sichtbar über das Niveau des „Provinziellen“ hinausragen, an den Fingern abzählen.

Die „Polka Chotrina“ fährt in ihrer Charakteristik der ukrainischen Presse dann fort, indem sie auf deren parteipolitische Zersplittertheit eingeht. Außer dem repräsentativen Blatte, wie es das „Dilo“ ist, habe fast jede Partei und Richtung, fast jede soziale oder berufliche Organisation ihre „Presseorgan“. Zur Zeit habe die ukrainische Presse über 30 parteipolitische Wochenblätter, ohne die sozialistischen. Die Ukrainer belihen keinen eigenen Staat, der sie in einen unmittelbaren Zusammenhang mit allem bringen könnte, was „draußen“ geschieht. Schließlich ist auch die polnische Presse in der Zeit der polnischen Staatenlosigkeit keine „hauptstädtische“, sondern im großen und ganzen eine ausgesprochene „Provinzpresse“ gewesen. Und auch heute noch lassen sich die polnischen Tageszeitungen, die eindeutig und meisthin sichtbar über das Niveau des „Provinziellen“ hinausragen, an den Fingern abzählen.

„Reben dem „Dilo“ bezeichnen der polnische Verfasser zwei wichtige katholische Wochenblätter, die Organe der beiden Bischöfe Schomyja und Stryk. Das ist die wichtigste politischen Organe der Ukrainer in Polen: „Roma Jorja“ („Die neue Morgenämmerung“) und „Meta“. Während die erlere als offizielle Zeitschrift der URO (Ukrainische Nationale Erneuerung), im Verhältnis zum polnischen Staat politisch einen sehr gemäßigten Standpunkt einnimmt, lebt das andere Blatt, das den URK (Ukrainischer Katholischer Verband) repräsentiert, auf „einem ausgesprochen nationalisierenden Standpunkt, obwohl es gleichzeitig sehr scharf die Arbeit des illegalen ukrainischen Vagers bekämpft“. Die beiden Blätter wenden sich in erster Linie an die Intelligenz; und lind nicht für die Massen bestimmt.

Anders ist das bei einer Reihe anderer Blätter, die sich einer großen Volksklientel zu erfreuen. Da ist zunächst das Blatt der USRP (Ukrainische Sozialistisch-katholische Partei) zu nennen, die politisch illustrierte Wochenchrift „Hromodkij Holos“ („Die Stimme der Volksvertretung“). Volkstümlich gehalten und auf weite Verbreitung berechnet sind auch die Blätter des in Privatbesitz befindlichen Konjunkturs „Zovnyj Faktor“. In diesem Konjunkt erscheinen die Tageszeitung „Zovnyj Czas“ („Die Neue Zeit“), die Wochenchrift mit der größten Auflage unter allen ukrainischen Blättern „Korobina Sprawa“ („Die nationale Frage“), der „Ras Drapek“ („Unsere Fahne“) und die humoristisch-satirische Zeitschrift „Komar“ („Die Stechmücke“). Die Blätter dieses Konjunkturs pflegen einen politisch radikalsten Ton, sind jedoch mit keiner politischen Gruppe verbunden.

Die URK (Front der nationalen Erhebung) gibt die Zweimonatschrift „Lernobna“ („Die Überwindung“) heraus. Der Schriftleiter ist der Führer der URK, Dmytro Bilozyn. Die Zeitschrift, von der der polnische Verfasser sagt, daß sie „ausgezeichnet, lebendig und fast auf europäischen Niveau redigiert“ sei, ist stark nationalisierend eingestellt und „belehrt auch ziemlich weitgehend die außenpolitischen Ereignisse und bringt außer den aktuellen politischen Nachrichten auch eine ganze Reihe von idealen Abhandlungen“. Die Zeitschrift bekämpft die Kompromisspolitik der Unho.

Das Blatt der „Anhänger des Helmantans“ ist der „Schiborobkij Sjach“ („Der Weg des Landmanns“). Die USDP (Ukrainische Sozialdemokratische Partei) verfügt über die Zeitschrift „Wpered“ („Vorwärts“). Die ukrainische Bauernpartei gibt die Zeitschriften „Seljanyn“ („Der Bauer“) und „Rome Selo“ („Das neue Dorf“) heraus. Außerdem erscheint noch eine ganze Reihe von sozialpolitischen und literarischen Zeitschriften. So sind dies die „Ukrainij Dohod“ in „Przemyl (Dresden)“, „Holos Dohutky“ („Die Stimme Dohutkyns“), „Suczulskie Slovo“ („Das Suczulskie Wort“) in Kolomea, u. a. m.

„Was die Isowietfreundliche Richtung anbelangt, so ist sie in der ukrainischen Presse zur Zeit völlig beilegt. Nach dem Wechsel des Rufes in der Sowjetukraine seit dem Jahre 1929 in

Richtung einer Entukrainisierung und nach den scharfen Repressalien gegen alle separatistischen nationalen Bestrebungen sind die Ukrainer die härtesten Gegner der Sowjetunion geworden. Die übriggebliebenen, wenig zahlreichen Isowietfreundlichen Zeitschriften hatten mehr den Charakter einer kommunikativen „Propaganda“ und unterlagen als solche in jüngster Zeit vollständig der Liquidierung.“

Weiter geht der polnische Verfasser auf die Blätter, die sich im Gegensatz zu den bisher erwähnten „für eine politische Zusammenarbeit mit der Polen ausprechen“ und „eine Entwicklung des ukrainischen Volkes im Rahmen einer gemeinsamen Staatlichkeit münden“. Es muß freilich fraglich erscheinen, ob es sich bei diesen Blättern wirklich um von Ukrainern herausgegebene Organe und nicht vielmehr um polnisch inspirierte und ausgehaltene Zerkungsblätter handelt. Erwähnt werden die in Puck (Wohulnen) erscheinende Zeitschrift „Ukrainka Ruma“ („Die ukrainische Land“), die in Krunicia erscheinende Zeitschrift „Demko“, der die Ukrainer ein anderes Blatt, „Rasj Demko“ („Unser Volk“), entgegengestellt haben, die Wochenchrift der ukrainischen Bauernorganisation „Semja i Wola“ („Land und Freiheit“) und schließlich das Organ der „Arbeiter“, „Ruskyj Golos“ („Die russische Stimme“).

Die Tageszeitungen.

Außer den allgemeinpolitischen Zeitschriften besitzen die Ukrainer eine ganze Reihe von Spezialblättern, die einzelnen besonderen Gebieten des Lebens gewidmet sind und, die ihre Aufgabe hervorragend erfüllen. Sehr gut geliebt sind besonders die Zeitschriften aus dem Gebiete der Landwirtschaft und des Genossenschaftswesens, das unter den Ukrainern stark entwickelt ist. Solche Blätter gibt es etwa zwei. Weiter verfügen die Ukrainer über eine ganze Reihe von religiösen Zeitschriften, über kulturzeitschriften, berufliche und wissenschaftliche Organe, über literarische Zeitschriften, wie z. B. „Stopyt seremonio Kolijny“ („Ritualische Chronik“), und sogar eine militärisch-wissenschaftliche Zeitschrift, die im Warfare erscheint, nämlich „Labor“ („Das Feldlager“). Es fehlt bei den Ukrainern auch nicht an illustrierten humoristischen Zeitschriften und an einer reichen Zeitschriftenliteratur für die Kinder und die Jugend. „Die man im nationalen und ukrainischen Geiste zu erziehen beabsichtigt, wobei man die körperlichen Fähigkeiten nach der Art des polnischen Volkshandwerks auszubilden versucht.“ Weiter werden auch viele ukrainische Frauenzeitschriften herausgegeben: Die eine ist der organismisatorischen Arbeit des „Sojus Ukrainok“ (Verein der Ukrainerinnen) gewidmet und wird von der Smotornik Kuleskaja in Kolomea herausgegeben, die andere ist die gut ausgestattete Monatschrift „Zwona Chata“ („Das neue Heim“).

Außerdem, fährt der polnische Verfasser fort, gibt die ukrainische Kultur eine ganze Reihe von Zeitschriften aus dem Gebiete der Literatur und Kunst, wie „Dobryj“ („Slawische Schönheit“), eine Monatschrift, die von einer Gruppe junger Schriftsteller herausgegeben wird, „Kajuljric“ („Literatur“), die etwa den polnischen „Wiedomosci Literackie“ entspricht, eine ernste Zeitschrift der Warschauer Gruppe „My“ („Wir“), die literarisch-wissenschaftliche Monatschrift „Dymyoz“ („Die Glocken“), der kämpferische „Witajak“ („Der Voge“), eine Monatschrift, die den Weg des schillernden Nationalismus geht, eine kunstwissenschaftliche und -pflegende Zeitschrift „Muzetysto“ („Die Kunst“), und eine Musikzeitschrift „Muzyczny Wilyj“ („Musiknachrichten“). Damit ist die Reihe der wichtigsten bestehenden ukrainischen Zeitschriften noch keineswegs erschöpft.

Auch der polnische Verfasser sieht sich zu der Feststellung anzuregen, daß das ukrainische Volkselement, was das kulturelle Veredelung anbelangt, im großen und ganzen in bedeutsamer Weise, daß in ihm eine große Kraft zur Entfaltung der eigenen Kultur liegt. Dann aber fährt der polnische Verfasser fort: „Wenn sich die wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen oder literarischen Zeitschriften günstig entwickeln, so können die schwachen Erfolge, das niedrige ukrainische Bevölkerung selbst sein, die auf anderen Gebieten ihr Examen besteht.“ Der Dolo glaubt den Grund für die Mißerfolge der ukrainischen politischen Presse gefunden zu haben. Er sagt: Offenbar sei die ukrainische Bevölkerung nicht mit den Anforderungen einverstanden, die ihr von ihren Führern auf politischem Gebiete und in der Tagespresse abgehen werden. Das Leben liehe im Widerspruch zu den aberflüchtigen ukrainischen Nationalismus, wie er durch die Presse vertrieben werde, die die Augen vor der Wirklichkeit verblende und sich auf den Gebieten frommer Theorien und Wünsche bewege. Wenn die ukrainische Presse, so schließt der Pole seinen Artikel, eine größere Volkstümlichkeit in den Massen erlangen wolle, so müsse sie „von ihren irrealen Positionen abgehen und Möglichkeiten suchen die patriotischen Gefühle mit der gegebenen Wirklichkeit zu verbinden und ihren Lesern die Anpassung an ihre Lebensbedingungen zu erleichtern. Statt aus ihnen Parallele zu machen“. Hier ist wohl der Wunsch der Pole, der Gedanke gemeint. Denn der polnische Verfasser hat in seinem Artikel selber mehrfach betont, daß gerade bei volkstümlichen ukrainischen Blättern die Regel den größten Erfolg aufweisen können.

„Was die Isowietfreundliche Richtung anbelangt, so ist sie in der ukrainischen Presse zur Zeit völlig beilegt. Nach dem Wechsel des Rufes in der Sowjetukraine seit dem Jahre 1929 in

Spendet für die Winterhilfe!

Der Streit im Verband Deutscher Katholiken.

Von Herr Dr. Paech, der zusammen mit Pfarrer Kallas und Schulrat Dudek von Dr. Pant vor einiger Zeit aus dem Verband 'Deutscher Katholiken' ausgeflohen" wurde, nimmt zu der Gätigkeit 'Pants in seinem längeren Artikel Stellung, in dem es u. a. heißt: "Dr. Pant ist seit etwa einem Jahre eigene politische Wege gegangen. "Wir sind der Ansicht, daß Dr. Pant schon seit länger als einem Jahr seine eigenen 'Weg' ging und daß es die Pflicht der alten Deutsch-Vereinsführung gewesen wäre, sich schon früher von dem klassischen Querschnitt zu trennen, als es tatsächlich geschah ist. "Diese Trennung," führt Domherr Paech fort, "ist in schärfsten Formen vor sich gegangen und ist leider katastrophal geworden." Wenn das so ist, wie steht es dann mit dem vor kurzem ins Leben gerufenen sog. 'Rat der Deutschen in Polen'? Im Art. III der Satzung dieses 'Rates' heißt es, daß die jeweiligen Abgeordneten und Senatoren im Rat Sitz und Stimme haben. Dr. Pant ist Senator. Er gehört also doch wohl auch zum 'Rat der Deutschen in Polen'? Wie ist das nun eigentlich mit der früheren Trennung?"

Domherr Paech fährt dann fort: "Am 11. ist gewiß jedermanns Privatangelegenheit (?), in welcher Weise er sich politisch betätigen will. . . . Leider ist Dr. Pant (der Leiter der sog. Deutschen Christlichen Volkspartei) aber zugleich auch der erste Vorsitzende des Verbandes Deutscher Katholiken in Polen, der lautungsgemäß jede Politik aus seinem Tätigkeitsbereich ausschließt. . . . Nun soll sich aber der Verband öffentlich durch die Person seines ersten Vorsitzenden und durch dessen von gesamten übrigen Deutschum abgelebte politische Haltung aufs schwerste belastet. Verband Deutscher

Katholiken und Christliche Volkspartei wurden dauernd miteinander verwechselt. . . . Hätte Dr. Pant wirklich das Wohl des Verbandes im Auge gehabt, so hätte er diesen von der Belästigung durch seine Person befreien und den Vorsitz im Verbande niederlegen müssen. . . .

"Am 14. Oktober" schreibt Domherr Paech weiter, "machte sich die Gegenpartei (Dr. Pant) an dem Verbande zu bemerken. Auf Verlangen verlangte dieser gegen Bezirk Pans Rücktritt, wenn die Einheit des Verbandes erhalten bleiben sollte. . . . Die Unzufriedenheit im Verband wuchs immer mehr. Immer zahlreicher wurden die Drohungen ganzer Ortsgruppen und vieler Einzelmitglieder, daß sie aus dem Verband ausscheiden würden, wenn Dr. Pant weiter den Bezirk behielte." Aber alle Schritte, die unternommen wurden, um Pant zum Rücktritt zu bewegen, blieben erfolglos; um sich zu behaupten, schloß er seine Widerfaher aus dem Verbande aus.

"Wie Domherr Paech weiter mittelt, hat Dr. Pant es abgesehen, eine konkrete Begründung für den vorliegenden Ausschluß zu geben. Er hat sich mit der allgemeinen Öffentlichkeit begnügt, daß Paech, Kallas und Dudek 'die Interessen des Verbandes aufs schwerste verletzen' hätten. Was er als 'die Interessen des Verbandes' betrachtet, hat er nicht gesagt. Die geforderte Hauptversammlung hat er bisher auch noch nicht einberufen. Er verläßt es nach wie vor mit der Diktatur. Wenn Pant nicht verschwindet, fällt der Verband auseinander. Daran würde auch nichts geändert werden, wenn es Pant durch Schiebungen etwa gelingen sollte, sich bei einer Hauptversammlung von einigen gefügigen Elementen wieder zum Vorsitzenden wählen zu lassen.

Jungdeutscher Parteitag in Posen.

Am 18. November tagte in Posen der Parteitag der Jungdeutschen Bewegung in Posen-Pommerellen. Nach dem Rottomher Parteitag, der vor einiger Zeit in Anwesenheit von Abgeordneten aus den anderen Gebietsstellen Polens die Stärke der Jungdeutschen Partei in Ostpreußen schätzte unter Beweis gestellt hatte, hat jetzt die Posen-Rundgebung gezeigt, daß die deutsche Erneuerungsbewegung auch unter den Deutschen Polens und Pommereleis fest Fuß gefaßt hat. Die Rundgebung war von etwa 3000 Volksgenossen aus Polen-Stadt und Vertretern aus dem beiden Wojewodschaften besucht. Der Landesführer der JDP, Ana. Wiesner-Bielik hielt eine grundlegende Rede, in der die Vergangenheit und die Zukunft der Bewegung angedeutet, die verschiedenen Ausflussrichtungen der Bewegung skizziert, die Ziele der Bewegung feststellte: "Der erste Teil unseres Werkes ist vollbracht, wir haben die Deutschen aus ihrer Notlage und Verzweiflung ausgerückt, wir haben ihnen den Glauben an sich selbst wiedergegeben und den Weg in eine bessere Zukunft gezeigt."

Zutreffend charakterisierte der Landesführer den Geist, in dem von der alten Führung die deutschen Organisationen bisher geführt worden sind: "Wohl befaßt das deutsche Deutschum auf wirtschaftlichem Gebiete eine vieler Beziehung zum angeborenen Organismus in seinen sozialen, politischen und ökonomischen, noch erbt es die Prinzipien und Ideale aus dem Zeit zu Zeit sogenannte Jugendfliegler ins Land, die die Jugend betreuen sollten; aber diesen Organisationen fehlte die Verbundenheit mit allen Schichten des Volkes. . . . Es fehlte ihnen allen die große einigende und vorwärtsstrebende Idee; nirgends war ein unverrückbares Ziel, nirgends ein klarer und gerader Weg. Genossenschaften und Banken waren nur von kapitalistischem Geiste befeuert und durchdrungen, der deutsche Bauer war ihnen nicht in erster Linie Volksgenosse. . . . Wir verflochten uns nicht der Ansicht, daß ein Wirtschaftsansatz in erster Linie nach der Befriedigung des Menschen anleitet, sondern nach, wir können ruhig zugeben, daß auch Gutes geschaffen wurde, aber in der Gesamtheit war doch nicht unser Volkstum der ruhmvollere aller Organisationen. Forderung nur ein Bruchteil deutscher Volksgenossen konnte diesen Vorteil für sich haben."

"Es ist eine der bekanntesten Sagen, daß man den ungeheuren Zulauf in unserer Bewegung der herrschenden Wirtschaftsnot zuschrieb, als ob durch die Subsidiarität in unserer Bewegung irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile zu erringen wären! Sankt ob die große Wirtschaftsnot den besten Nährboden ab für unsere Arbeit, aber dieser nationalwirtschaftliche Grund ist immer Grund in der wirtschaftlichen Existenz unseres Volkstums, nur beunruhigt durch die Substanz, endlich losgerissen zu werden von der rein wirtschaftlichen Betrachtung, war die Bewusstseinsforderung, nicht mehr unverantwortliches Einzelschicksal zu sein, sondern als Teil des Volkes, mit Teil zu haben an der Verantwortung und an dem Kampf um die Wiedergeburt, mit seinem Volke mitzuleiden, aber auch mit ihm nach aufwärts zu streben. Wir wissen, daß die einseitige Weltanschauung des deutschen Nationalsozialismus, die auch in den Fernen unsere deutschen Volksgenossen diesseits der Grenze für sich eingearbeitet hat, die Wegbereiterin unserer Bewegung war."

Der Redner betonte die Notwendigkeit einer Zusammenfassung aller Deutschen in Polen: "Das Deutschum dieses Staates ist keine einheitliche Volksgemeinschaft, die durch jahrhundertelange Geschichte

auf das engste miteinander verbunden ist, sondern es kam zu drei verschiedenen Staaten, die eine vollkommen andere Entwicklung in politischer, nationaler, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung durchgemacht. Es ist selbstverständlich, daß diese verschiedenartige Entwicklung der Staaten auch aufbringen mußte die darinwohnenden Deutschen, auf ihren Charakter, auf ihre Einstellung zum Volke und Staat. Diese drei verschiedenartig präparierten deutschen Stämme sollen nun in ein Ganzes zusammengeschafft und zu einem untrennbaren Block zusammengefaßt werden; sie sollen einen Weg gehen und eine Marchschrittmacher sein. Wir sind dabei von dem festen Willen durchdrungen, nicht mit einem der drei Stämme die Verbindung zu verlieren, sondern wir wollen sie in ihrem ganzem Maße erhalten. Aber alles muß ein gemeinsames Ziel, eine Weltanschauung und ein deutscher Glaube voranleuchten."

Landesführer Wiesner ging dann noch auf die erledigten Aufgaben der Jungdeutschen Bewegung ein. Dann sah Dr. Spitzer, der von der Bundesleitung der JDP, der der politischen Betreuung Pommereleis und der Kreise Bromberg, Gobenlaja und Wirßl betraut worden ist, einen ins einzelne gehenden Überblick über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der deutschen Erneuerungsbewegung und dem Hauptstamm des alten Stammes. Dabei führte er u. a. folgendes aus: "Als Adolf Hitler den man bis zu seiner Machtergreifung als Friedensliebhaber bezeichnete, in seiner Außenpolitik besonders mit Polen ganz neue und unerwartete Wege ging, als er Marasall Dubschke die Hand reichte und langsam Erfolg reichte, da blies unseren 'altdeutschen' Herren eine Zeitlang der Atem weg. Aber die alten Routiniers fanden sich bald wieder, um am Ruder zu bleiben und unentbehrlich zu erscheinen. Sie färbten ihre eigenen Reden, sobald dieser oder jener unbekannt oder weitläufiglich zu stark befaßt war, und präsentierten sich plötzlich als die berufenen Sachwalter des Nationalsozialismus, obgleich sie es sich noch nicht ganz verkneipen konnten, hier und da zu antworten Punkte der Erneuerungsbewegung zu bekräftigen und zu bemerken. Sie stellten sich plötzlich in ihrem Privatleben um, die unabhorrten Herren wurden leutselig und ließen sich auch herab, zu ganz einfachen Leuten freundlich zu sein, sie kümmerten sich mit einem Male um die vernachlässigte Jugend. . . . kurzum, sie machten in Nationalsozialismus. . . . Alle Beziehungen nach allen Simmelrichtungen wurden in Tätigkeit gesetzt, Vorbereitungen aller Art, erlaudene, erlaudene Befehle einflussreicher Persönlichkeiten wurden herbeigeholt, um auf jeden Fall den wünschenswerten Jungdeutschen das Wasser abzugraben."

Besonders scharf ging der Redner auf die Haltung der Nationalsozialisten ein, die die Funktion der Jungdeutschen Partei erhalten hatte, sich dann aber von dem Segnen der Partei mehr und mehr hatte 'entfangen' lassen. Die 'Deutsche Vereinigung' und den 'Rat der Deutschen in Polen' lebte der Redner als 'alte Firmen mit neuem Namen' scharf ab. "Der Rat der Deutschen in Polen ist genau so ein liberalistisches Bindigeld, wie die 'Deutsche Vereinigung ein liberalistischer Separatismus ist. . . . Wir werden die Schärfe unseres Komplex immer zu steigern, wie es die Maßnahmen unserer Gegner verlangen. Mit starker Betonung heißt der Redner, haben der Rundgebung der stellv. Landesführer S. in der 'Rattom' die ausschließlichen Führungsanspruch der Deutschen Erneuerungsbewegung heraus: "Die Forderung der Totalität ist notwendig, wenn unser Deutschum sich erhalten will. Wer sich heute noch gegen uns stellt, der stellt sich gegen die deutsche Erneuerung."

Schicksale deutscher Schulen in Polen.

Zahlreiche deutsche Eltern aus Schiwientochlowitz, Scharley, Sobulabütte und anderen oberschlesischen Orten, die in diesem Jahre ihre schulpflichtigen Kinder zur deutschen Minderheitschule angemeldet oder von der polnischen zur schlesischen Mittelschule erholten, haben über die Kinder der polnischen Schule gemeldet worden sein. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß die Kinder „nicht genügend der deutschen Sprache mächtig seien, um dem deutschen Unterricht folgen zu können. Für die Eltern ist diese Feststellung der polnischen Schulbehörden eine Ueberraschung gewesen, da sie ja im allgemeinen gewöhnt sind, sich mit ihren Kindern zu Hause in deutscher Sprache zu unterhalten und dabei von mangelnden Sprachkenntnissen ihrer Kinder nichts haben feststellen können. Die deutschen Eltern sind — wohl nicht mit Unrecht — der Auffassung, daß bei den Sprachprüfungen, denen ihre Kinder unterzogen wurden, mit Absicht unangemessen niedrige Fragen gestellt worden sind. Die Kinder sind — was zu beachten ist — in der Regel von polnischen Schulleitern geprüft worden. Vertreter der deutschen Elternschaft sind — was wiederum sehr beachtlich ist — zu den Prüfungen nicht zugezogen worden. Von Personen, die von vornherein mit der Absicht auf eine Prüfung herangehen, die Prüfungen durchfallen zu lassen, ist nicht anzunehmen, daß die Fragen, die sie stellen, und die Art, in der sie sie stellen, den Umständen entsprechen. Die Eltern der durch die Prüfungen zurückgewiesenen Kinder haben sich mit der Entscheidung der polnischen Schulbehörde nicht zufrieden gegeben, Insofern ließ auf Grund der Senats Resolutionen die von dem Präsesidenten der polnischen Kommission, Galambier, beherrschte Man kann von dieser Stelle erwarten, daß sie den deutschen Kindern zu ihrem Rechte verhilft, das ihnen von parteiisch eingestellten national-polnischen Lehrern vorenthalten wird.

Wenn die Kinder, die zu den deutschen Schulen angemeldet worden sind, sind bis auf ganz geringe Ausnahmen von Hause aus deutsch. Wenn es bei einigen von ihnen wirklich zutreffen sollte, daß sie die deutsche Sprache nicht genügend beherrschen, dann handelt es sich um solche Kinder, die vor längerer Zeit in die polnische Schule geschickt worden waren, weil ihre Eltern durch die Anwendung wirtschaftlichen

Druckes von polnischer Seite hierzu gezwungen wurden. Diese Eltern sind damals nicht freiwillig auf die Wünsche des Aufständigenvereines und der Grajnski-Verbände eingegangen; sie hatten Grund, um ihre Arbeitsstelle zu fürchten, oder die Hoffnung, aus der bitteren Not der Arbeitslosigkeit befreit zu werden, wenn sie sich den polnischen Wünschen in Bezug auf die Einschulung ihrer Kinder fügten. Wenn sie sich jetzt wieder zur Ummeldung der Kinder zur deutschen Schule entschließen, so tun sie das ganz gemäß nicht unter Zwang; denn von deutscher Seite sind sie weder wirtschaftlich bedroht noch mit materiellen Mitteln angelockt worden. Es wäre lächerlich, wenn man etwas deraus behaupten wollte, wo es doch in Oberschlesien praktisch keine Wirtschaftsbetriebe mehr gibt, die es den polnischen Verbänden gegenüber unternehmen könnten, eine Germanienpolitik zu betreiben. Die Dinge liegen vielmehr so, daß sich zahlreichere Erziehungsberechtigte heute als vor der polnischen und der erzieherischen Mitteln ihren Kindern gegenüber ermitteln, da jetzt die Gründe, aus denen sie damals ihre Kinder zur polnischen Schule geschickt haben, nicht mehr bestehen, da sie trotz der Opferung ihrer Kinder arbeitslos geworden oder die ihnen freiwillig von polnischer Seite gemachten Verpfändungen nicht erfüllt worden sind. Inzwischen oder aber über ihre Kinder, zu deren Vorteil sie damals zu handeln glaubten, ein oder auch mehrere Jahre die polnische Schule besucht. Sie sind dort natürlich nicht in der deutschen Sprache ausgebildet worden; und die Eltern haben es wohl zu spät bemerkt, als sie ihre Kinder in die polnische Schule geschickt haben. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß sie jetzt in diesen Umständen das wohl mancher dieser Kinder, das freiwillig gemungen zur polnischen Schule ging, keine Muttersprache in jenen die mehr oder weniger verlernt, ohne die polnische Sprache voll auf zu beherrschen. Aber es wäre ein Unrecht, diesen Kindern jetzt das Recht abzprechen zu wollen, wieder in die deutsche Schule zu gehen. Was ihnen heute bei einer Sprachprüfung etwa noch fehlt, das kann, wenn sie einmal regelmäßig wieder die deutsche Schule besuchen und wenn das nationale Bewußtsein der Eltern durch die frühen Erfahrungen der leistungsfähigen Volkseinstellung gefördert worden ist, binnen kurzer Zeit nachgeholt werden.

Wieviel Analphabeten gibt es in Polen?

Die Frage des Analphabetentums beschäftigt nach wie vor die polnische Öffentlichkeit. In einem polnischen Blatte wurde kürzlich festgestellt, daß die in der Regel angegebenen Zahlen von über 6 Millionen Analphabeten in Wirklichkeit nicht richtig sind, wie bereits festgestellt sei. Diese Zahl sei bei der Volkszählung im Jahre 1921 festgestellt worden. Sie ist heute längst überholt, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens sind nach dem Termin der Volkszählung, die übrigens in den Objekten, namentlich im Woiwodsgebiet, nur sehr oberflächlich durchgeführt wurde, noch mehrere 100 000 Menschen nach Polen zurückgekommen, die während des russisch-polnischen Krieges die Kampfgebiete verlassen hatten. Unter diesen Rückwanderern hat sich zweifellos eine große Zahl von Analphabeten befunden. Weiter hat sich deren Zahl von Jahr zu Jahr dadurch erhöht, daß ein großer Teil der schulpflichtigen Kinder keinen Unterricht erhält. Schließlich ist auch noch ein unbekannter, aber gemäß in geringerem Maße bezogen, die als nicht und letztendlich in der Statistik gefehlt wird, nämlich der Millionenmaß der Analphabeten zu stellen. Die Ursache, daß eine mit Mühe und Not seinen Namen unter die Zählenden (die vom Zählpersonal und nicht von ihm selbst ausgefüllt werden) kritisiert kann, beruht nicht auf der Annahme, daß er kein Analphabet ist. Wenn man trotz dieser Bedenken die Gesamtzahl der Analphabeten nur mit 6½ Millionen annimmt, so bedeutet das immerhin schon, daß etwa ein Fünftel der Bevölkerung Polens weder zu lesen noch zu schreiben versteht. Das erwähnte polnische Blatt glaubt zu der Annahme berechtigt zu sein, daß es in Polen etwa 10 Millionen Analphabeten gibt; das wäre fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung.

Die polnischen Analphabeten müssen in verschiedenen Gruppen eingeteilt werden. Die eine umfaßt die alten Leute, die im vorläufigen Rückstand keinen Schulunterricht genießen haben. Diese Klasse ist die am wenigsten beunruhigend; denn sie sterben allmählich aus. Viel schlimmer für die Zukunft des polnischen Staates sind die jungen Analphabeten, die jetzt in ihm herangezogen, zunächst die, welche in keine Schule aufgenommen werden können, weil für sie kein Platz ist, und die deshalb ohne Unterricht aufwachsen müssen. Ihre Zahl wird gegenwärtig auf 700 000 geschätzt. Bedeutend größer ist die Zahl derer, die aus irgendeinem Grunde einfa als nicht in die Schule gehen. Es gibt zwar ein Gesetz über den Schulzwang. Was mit man aber in den abgelegenen Dörfern einen Vater zwingen, sein Kind in die Schule zu schicken, wenn er es versteht, das Kind das Vieh über zu lassen oder es mit irgendwelchen anderen kleinen Wirtschaftsbetrieben zu beschäftigen? Man kann sich mit einer Geldstrafe begnügen. Dazu müssen sechs Anzeigen benötigt werden, nämlich das Schulinspektorat, die Staroste, der Gemeindevorsteher, der Gemeindepolizist, das Sinaquant

und der Exekutor. Der Inhaftensatz dauert Monate, vielleicht Jahre, vielleicht kann der Mann die Strafe dort nicht bezahlen, weil er kein Geld hat, und das Kind ist die ganze Zeit nicht in die Schule gegangen.

Ein Hauptgrund für den mangelhaften Schulbesuch ist in vielen Schulen die tiefe Not. Wenn die ganze Familie zusammen nur über ein einziges Paar verfallener Schuhe verfügt, die Kinder in den alten, abgetragenen Sachen der Eltern nur notdürftig bekleidet überlaufen, dann können sie unmöglich bei schlechtem Wetter, besonders in den vielen Monate währenden äußerst strengen und schneereichen Winter des polnischen Ostens, hundeneute Wege zur Schule machen. So entziehen in den polnischen Dörfern die sogenannten „Saisunkinder“, die nur während der Sommermonate in die Schule kommen, im Winter aber wegbleiben. Was wenige, was man ihnen im Sommer beigebragt hat, verzeilen sie wieder im Winter. Sie sind daher eine dauernde schwere Belastung für Schule und Lehrer. Sie sind selbst für die nahe wohnenden Kinder oft es oft nicht leicht, im Winter den Schulbesuch zu unterstützen. Das gleiche G emeinden sind sehr arm, manchmal manchmal noch schlechte Sinaquantität kommen so daß kein Geld für die Heizung da ist. Nicht selten erbarnt sich in solchen Fällen der Lehrer und kauft Holz und Kohle für sein eigenes Geld, um die Schule nicht zumachen zu müssen.

Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, um der drückenden Schulnot abzuhelfen. Man solle die „Saisunkinder“ in besonderen Klassen zusammenfassen und auch während der Ferien unterrichten lassen, die in Polen vom Ende Juli bis Anfang September dauern; teilungslose Junglerber würden sich hierfür gern zur Verfügung stellen. Zu den Gebirgsdörfern der Karpaten, die oft keinen Schulort in erreichbarer Nähe haben, sollen Abteilungen geleitet werden. Das wichtigste wäre freilich die Überziehung des Landes mit einem mächtig dichten Netz von Schulen und die Anlegung genügender Verkehrswege, daß die Schulen auch in jeder Jahreszeit aufgesucht werden können. Das würde natürlich ganz gewaltige Ausgaben erfordern, und für die Aufrechterhaltung der Schulen und den Unterhalt der Lehrer wären ebenfalls bedeutende Mittel aufzuwenden. Wenn schon die Erfüllung eines solchen Programms nur in einem längeren Zeitraum möglich ist, so ist weiter zu berücksichtigen, daß der Bedarf an Schulen und Lehrern außerdem durch die rasche Volksvermehrung dauernd wächst. Es werden also selbst die größten Abfertigung Jahreshinnte gebracht werden, wenn die Zahl der Kinder im Stand der Schulwesen in seinen üblichen Gebieten dem anpassen will, den die Wohngebiete um zureichenden Staat übernommen und dank den hier zur Verfügung stehenden größeren Mitteln auch weiter auf der Höhe erhalten haben.

Massenproduktion von Gelehen.

Über die Unarten des Geleghabers wird in allen Staaten geklagt. Auch dem Sozialkandidaten ist es sehr häufig kaum noch möglich sich durch den Wert der Gelehe, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen usw. durchzufinden besonders dann, wenn die Gelehe usw. ein- oder gar mehrmals teilweise außer Kraft gesetzt oder abgeändert oder nach dieser oder jener Richtung ergänzt worden sind. Wenn sich dann der Geleghaber, anstatt sich in einer Änderungsgehe deutlich anzukündigen, auch noch darauf beschränkt, auf diese oder jene ältere Bestimmung zu verweisen, die unter Berücksichtigung der Artikel x der Verordnung vom Sozialisten und in Verbindung mit dem Gesetz vom Sozialisten zur Abänderung des Gesetzes vom Sozialisten, Artikel y, anzuwenden ist, dann ist es nur allzu begrifflich, wenn ein gewöhnlicher Staatsbürger auf eine solche Dekrete verzichtet — selbst auf die Gefahr hin sich wegen Verstoßes gegen einen ihm unbekanntem Paragraphen schuldig zu machen.

In Polen scheint es besonders schlimm zu stehen. Der „Kurjer Pojanski“ schrieb vor kurzem hierüber: „Polen ist ein Land der Rekorde auf gelehrgewerblichem Gebiet. Nirgendwo anders arbeitet man so rasch Gelehenmüll aus, und nirgendwo werden sie rascher beschaffen. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Stüt von Dekreten, die sich alljährlich in der Herbstzeit wiederholt. Das Ministerpräsident hat am 2. November dem Sejm 55 Dekrete des Staatspräsidenten vorgelegt, die in der letzten Session fast erlassen worden sind. Zur Zeit übersteigt die Zahl der Verordnungen und Gelehe, die seit Neuhoj in „Dziennik Ustaw“ erschienen sind, die Summe 850. Das ist die Größe der legislativen Tätigkeit für die Zeit von kaum zehn Monaten. Es nimmt deshalb auch nicht wunder, daß die in fieberhaftem Tempo ausgearbeiteten Verordnungen durch viele Mängel, Fehler und Unzulänglichkeiten gekennzeichnet sind. Wie fieberhaft das gelehrgewerbliche Tempo in Polen ist, davon zeugt der Beschluß einer Vollversammlung der Warschauer Handelskammer, der sich dagegen wendet, daß, wenn die Ministerien der Kommer in üblicher Weise die Entwürfe von Verordnungen zur Stellungnahme zuläßen, der Kommer kaum einige Tage Zeit zu ihrer Vornormung gäbe.“

„Sehr häufig“, fährt der „Kurjer Pojanski“ fort, „kommt es vor, daß ein Dekret oder eine Verordnung, die eilig herausgegeben worden sind, und von denen es heißt, daß sie sehr eilig seien, bei der

praktischen Ausführung einer Verzögerung unterliegen. Dies kommt daher, daß die Gelehe, als Rahmengesetze, ziemlich viele erst später herausgegebene Ermächtigungen für die Exekutivbehörden enthalten. Und es zeigt sich, daß die eigentlichen Schwierigkeiten sich erst dann herausstellen, wenn das Gelehe in Kraft treten soll. Dann prüft sich ihr Lebensinhalt mit großen Schwankungen und Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten haben zur Folge, daß immer häufiger „geschleifte Seiten“ entstehen, wo man nicht weiß, ob die betreffende Rechtsvorschrift gültig ist, wo wie sie in Kraft treten soll.“

Das polnische Gelehe für die Sozialisten aufzuführen ist am 1. Januar d. J. in Kraft getreten, aber die Ausführungsbestimmungen dazu sind erst im Januar und in den nächsten Monaten erschienen. Was für eine Verzerrung daraus entstand, haben wir noch frisch in Erinnerung. Noch heiterer ging es bei dem Handelsgelehe zu, das am 1. Juli in Kraft trat, dessen Art 1 und Ausführungsordnung aber erst nach diesem Termin erschienen. Das Wohnungsmoratorium erschien 2½ Wochen nach dem eigentlichen Termin, und das Hypothekemoratorium nur zwei Wochen später. Die Ausführungsordnung zur Sinoordnung u hatte sich gleichfalls verspätet usw. usw. Aber selbst dann, wenn der Geleghaber es fertig bringt, eine Verordnung rechtzeitig zu erlassen, erscheint diese entweder am Vortage der Inkraftsetzung der rechtlichen Grundlage, oder die entsprechende Nummer des „Dziennik Ustaw“ wird mit einem früheren Datum versehen. So aber! Die Nichtbeachtung des Termins verursacht dem Volke Verluste und den Behörden Sorgen, und Polen bringt es bei den Fremden ein ironisches Gähnen ein.“

„Wir sagten schon“, heißt es weiter, „daß unsere Verordnungen den gleichen Spuren fieberhafter, nicht geübter Durchführung unterliegen und unter dieser Aufsicht aufweisen.“ Dies hat zur Folge, daß fortwährend daran befehligt, geglättet wird; mit einem Worte: es hat die Realisierung der Gelehe und Verordnungen zur Folge. Schließlich entsteht daraus ein solches Chaos, daß niemand, selbst der Urheber der betreffenden Rechtsnorm, sich darin mehr zurechtfindet. Und der arme Bürger trägt die Folgen der Unkenntnis des Gesetzes. Diejem Zustande sollte man zum Wohle des Landes und im Interesse des Dreifaches des Staates ein Ende machen.“

Offland-Woche.

Der jüdische Ton.

Bei der Haushaltsansprache im Sejm hatte der jüdische Abgeordnete Chon a. e. erklärt, die polnische Regierung müsse Rücksicht auf eine nehmen, daß 10 v. H. der Bevölkerung Polens Juden sind; mit einer solchen Minderheit müsse sie rechnen und sie müsse sich sagen, daß es ihr nicht erlaubt sei sich mit dem erbittertesten Feinde des Judentums (gemeint ist Teufel) zu verbinden. Über dieses anmaßende Auftreten des Juden Chon ist die nationaldemokratische „Sojeto Warszajska“ — nicht mit Unrecht — erbost. Sie findet den Ton des Chon überhöht. Die Juden sagten, Polen dürfe keine ausübende Politik führen, die der jetztprozentigen jüdischen Minderheit nicht gefalle. Der Chon erkenne dieser jenseitigen Minderheit größere politische Rechte zu als dem opanpolitischen Volk in dessen eigenen Staat. Weiter habe der Chon in seiner Rede von den „liebenbrüdern und einigen Tugend Millionen, die offen, und anderen mehreren Tugend oder mehreren hundert Millionen, die verdeckt für die Armes ausgemorfen werden“, gesprochen. Das sei die Rede des Szylok, schreibt die „Sojeto Warszajska“. Der rathlosliche Jude spreche von verfluchten Millionen für Wählungen. Und niemand habe dem Chon darauf eine Antwort gegeben. Weder Deak noch der Byskietskamiler hätten sich umher begeben für die Ausfuhr bestimmten Angriffs des Chon für nötig gehalten. Der vom Chon angeschlagene Ton sei höchst beleidigend für das polnische Volk.

Neue Weichselbrücke bei Thorn.

Am 11. November wurde die neue Weichselbrücke bei Thorn dem Verkehr übergeben. Es ist über fünf Jahre daran gebaut worden. Um die Brücke zu errichten, wurde erst die große Brücke, die bei Münsterwalde über die Weichsel führte, abgerissen. Die Polen beaupten, daß man das aus „Sparsamkeitsrunden“ gemacht hat. Die Eisenkonstruktionen der Münsterwalder Brücke wurden zum Teil beim Chornor Brückenbau wieder verwendet. In „sinnvoller“ Weise wurde dann die neue Chornor Brücke nach dem Marschall Polens benannt. Es handelt sich eine „Wagel“, deren Bau notwendig war, da die Jahrbahn der alten Eisenbahn-Weichselbrücke durch die Bewegung eines meisten Eisenbahngleises gelpert wurde. Die „Pilsniskbrücke“ ist die größte Weichselbrücke in Polen. Die abgebrochene Münsterwalder Brücke war eine der größten Brücken Europas.

Die Nationalradikalen.

Die Warschauer Polizei hat am 14. November die Verteilungszentrale der „Rona Sztajfeta“, des verbotenen Organs des nationalradikalen Agens, entdeckt. Sie hat den Hauptleiter des ge-

heimen Verbreitungsapparates der Zeitung, einen Studenten, erhaftet. Der Führer des nationalradikalen Agens, Jan Mosdorf, wird hiebfürhig verhaftet. Er hält sich zur Zeit anheimend im Ausland auf, wo er unter den gegebenen Verhältnissen so bald nicht nach Polen zurückkehren dürfte. Übrigens haben die Juden, die — nicht ohne Grund — überall antisemitische Tendenzen vermuten, entdeckt, daß sich die verbotenen Nationalradikalen unter neuer Slogge wieder zu sammeln versuchen. In Warschau ist nämlich eine neue politische Gruppe unter der nicht sehr durchsichtigen Bezeichnung „Unabhängige soziale Arbeiterpartei“ entstanden. Die Gründer sollen zum Teil frühere Mitglieder des nationalradikalen Agens sein.

Konferenz der Aufstandsführer in Polen.

Die Führer des polnischen Aufstandes in Polen waren am 5. November in einer Sitzung in Polen zusammengekommen. Der nationaldemokratische „Kurjer Warszajska“ berichtete darüber folgendes: „Der Kongreß der früheren Führer des großpolnischen Aufstandes, der von der Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte des großpolnischen Aufstandes einberufen war, begann mit einem Gottesdienst in der Garnisonkirche, worauf General Czajak die Verhandlungen eröffnete. Nach den offiziellen Anträgen, an denen sich auch der Bismarschall Ca z beteiligte, kam man zu den eigentlichen Verhandlungen. Es hielten Vorträge Major Majszycki, Dr. Wojtkowski und Hauptmann Zielinski. An die Rede trat jedoch eine lebhaftes Diskussion an, an der sich mehrere Redner beteiligten. Die Diskussion nahm folgenden Verlauf: Die ersten in der Reihenfolge der Charaktere an, zum Schluß der Verhandlung wurde eine Entschließung gefaßt, die die Forderung stellt, mit den Arbeiten an der Reorganisation der Geschichte des großpolnischen Aufstandes auf Grund von gesammelten Dokumenten zu beginnen, die sich teilweise noch in Privatänden befinden.“

Eisenbahnstatut im Korridor?

Polnische Blätter berichten darüber, daß in der Nähe von Dirschau auf der Strecke nach Konich von unbekanntem Täter ein 70 kg schwerer Stein auf die Gleise gelegt worden ist, und zwar kurz bevor der Ostpreußen-Schnellzug Nr. 937 die Stelle passierte. Die Maschine fuhr über den Stein hinweg. In Konich teilte man einige Beschäftigten an der Maschine mit, ob die Abfahrt vorgelesen hat den Zug zum Entlassen zu bringen, oder ob es sich um verkehrsbefähigten Verbleiben handelt, konnte nicht festgestellt werden. Die Polizei hat den oder die Täter nicht feststellen können.

½ Millionen polnische Arbeiter bedroht.

Die Erklärung des französischen Arbeitsministers Jacquet, daß ausländischen Arbeitern keine Arbeitskarten mehr ausgestellt werden und daß die gegenwärtig in Frankreich beschäftigten ausländischen Arbeiter nur in Ausnahmefällen die Verlängerung ihrer Arbeitskarten erhalten werden, hat in Polen höchste Unruhe hervorgerufen. Der Krakauer „Ausstromung Jakobyni“ greift in einem Leitartikel den französischen Ministerpräsidenten Briand scharf an und wirft ihm Unfairness und Krassen Eigennutz vor. Die polnischen Arbeiter hätten sich die größten Verdienste um den Wiederaufbau Frankreichs erworben. Sie hätten Arbeiten verrichtet, die keine Franzosen verrichten wollten, und jetzt wolle man sie aus Frankreich hinauswerfen. Nach Angabe des Blattes sind zur Zeit noch 250 000 polnische Arbeiter in Frankreich beschäftigt, und zwar 100 000 Landarbeiter, 90 000 Bergarbeiter und 60 000 Industriearbeiter. Zusammen mit den Familienangehörigen belaufen sich zur Zeit etwa 518 000 polnische Staatsangehörige in Frankreich auf, die alle in ihrer Existenz bedroht sind.

Schiffen gegen die „Kattowitzer Zeitung“.

Vor kurzem wurde der Austräger der „Kattowitzer Zeitung“ in Mochotyn (Kreis Lublin) eines Raubts von einigen polnischen Aufständischen durch Schreien und Randalieren aus dem Schiffe gewerkt und dann mit Gummiknüppeln und Messern bedroht. Der Verletzte ließ sich durch die Einschichtungsleute nach zur Abgabe seiner Agentur voranstellen. Die Folgen sollte er bald zu spüren bekommen. Der Aufständische Brojza hielt den Deutschen beim Zeitungsaustragen an, beschimpfte ihn und verurteilte ihn mit einem in einem Gerichtsurteil verhängenen Eingangsamt über den Kopf zu schlagen. Der Versuch mißlang allerdings und Brojza räumte — aller Aufständischenideologie zum Trotz — das Feld. Die Polizei ernennt den Zeitungsausträger, da „kein öffentliches Interesse“ vorliege, auf den Weg der Privatklage, mochte der Deutsche natürlich kein Geld hat. Diese Einstellung der Polizei ist geeignet, Brojza und Komplizen zu neuen Straftaten Gemaltaten aufzumuntern.

Ein guter Diener Gottes ist der Ortsparter Adamczyk. Er hat sich am 11. November während des Hofamtes auf die Kanzel gesetzt und in seiner Eigenschaft als Mittler zwischen Gott und den Menschen verkündet, daß es die Pflicht eines guten Christen sei, die Leute, die die „Kattowitzer Zeitung“ lesen, zur Tür hinauszuwerfen. Es sei eine „große Sünde“, eine solche Steuermateriale zu lesen. Ferner wußte dieser Herr von der Kanzel noch mitzuteilen, daß in Deutschland jeder, der es wagen würde, eine polnische Zeitung auszutragen, eingesperrt wird.

Ein Freispruch.

Die Vertreter der Jöhnschen Buchhandlung in Bromberg, Jrl. Raschik, war vor einiger Zeit wegen „Aufwiegelns zum Hochverrat und zur Verfassung polnischer Parteistellen“ zu sechs Monaten Gefängnis mit Strafauflauf verurteilt worden. Das „Aufwiegelns“ bestand im Verkauf mehr Bücher, „Deutscher Jugendbrief“ und „Vierbuch der NSDAP“. Die Bücher waren von der Polizei beschlagnahmt worden. Am 15. November beschloß sich das „Pörsner Oberlandesgericht als zweite Instanz mit dem Fall. Jrl. Raschik wurde freigesprochen, weil die Bücher verkauft hatte, ohne den Inhalt zu kennen, und das „Vergehen“ somit aus Schirffähigkeit begangen wurde.

Amnestie im Pfadfinderprozess.

Der Pfadfinderprozess, der Jahre hindurch immer wieder die Gemüter erregt und die polnischen Berichte beschloß hatte, ist jetzt endlich zum Abschluß gekommen. Der einzige Angeklagte war der „Verurteilte“ Heinrich Dreyßel, der „Sohn“ genannt worden, um die im publikumstreitige Straftatbestände abzuweichen. Jetzt ist er vom Justizminister amnestiert worden. Auch dem gleichfalls zu Gefängnis verurteilten Jugendpfleger Friedrich Mielke wurde durch Ministerialbefehl die Strafe niedrigergelegt. Unter ein feines Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen wurde damit der Schlußstrich gezogen.

Beschäftigung von Reichsdeutschen in Straßburg.

Vor dem Bürgergericht Königsbütte (Olt. O.-S.) fanden mehrere Verhandlungen wegen der Beschäftigung deutscher Reichsangehöriger in elstberghessischen Betrieben statt. In einem Falle handelte es sich um die Zweigleitung der Dresdner Bank in Königsbütte, deren drei Direktoren beschuldigt waren, einen deutschen Reichsangehörigen, Wilhelm Wolbaum (nomm) als „Prokuristen“ angestellt zu haben. Die Direktoren erklärten, daß ihnen der Prokurist Wolbaum von der Berliner Zentrale zugewiesen worden sei und sie infolge dessen der Meinung gewesen seien, daß seiner Beschäftigung nichts im Wege stünde. Sie wurden trotzdem zu je 500 Zloty Geldstrafe verurteilt. Ein Oltwirt aus Schmiechlowitz, der eine deutsche Reichsangehörige in seinem Betriebe

beschäftigt hatte, wurde zu 200 Zloty Geldstrafe, ein Kaufmann aus dem gleichen Orte, der einen Verdingdeutscher Reichsangehöriger angenommen hatte, zu 100 Zloty Geldstrafe verurteilt.

Die Passgebühren.

Die Frage der Ermäßigung der Auslandspassgebühren ist von der polnischen Regierung zu den Akten gelegt worden. Nicht nur in der deutschen Presse Polens wird diese Zurückhaltung des bereits ausgedehnten Segenworts bedauert. Auch die polnische Presse legt sich mit dieser Maßnahme zu, kritisch auszusprechen. So schreibt der „Kurier Powsny“, es wäre jetzt an der Zeit, die Fellen der Passvorschriften einer Revision zu unterziehen; denn es läßt sich nicht bestreiten, daß infolge zu lange Abtrennung von der Welt der Kultur des Staates Schaden, indem sie nicht gestattet, in der erforderlichen Weise die Fortschritte und Erfahrungen, die unterwärtig gemacht worden sind, auszunutzen. Die Mauer, die uns vom Auslande trennt, tut in unserer Bevölkerung eine vielfach irrige Einschätzung unseres Landes im Vergleich mit der übrigen Welt hervor, was nicht nur für die politischen und kulturellen Beziehungen zum angrenzenden Polen ist, sondern auch in den individuellen Handelsbeziehungen. Daß diese Nachteile auch als schließlich angesehen wird, geht daraus hervor, daß die meisten polnisierten Wälder, die Sichtvermerke abgeholt haben und bei der Ausgabe der Pässe für ihre eigenen Bürger weitgehende Freiheit und weitgehendes Verhältnis wollen lassen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man, wenn das Finanzministerium sich den Ansichten des Innenministeriums über die „Polpolitik“ widersetzt, mindestens für gewisse Gruppen der Bevölkerung in die Passmauer Brechen schlagen mußte, und zwar gegenüber denjenigen Gruppen, deren unmittelbare Beziehungen zum Auslande im höchsten Grade Nutzen bringen. Auf dieser Linie ist weitgehendes Passfreiheit und den Kaufmannsstand erforderlich, ohne die wir niemals den Apus des großen Kaufmanns mit weitem internationalen Horizont erziehen werden, der sich für die polnischen Waren im Auslande zu werben und ihnen neue Märkte zu beschaffen. Die Folgen der heutigen „Polpolitik“ fühlt sehr empfindlich auch der Kaufmann von Gdingen, im Vergleich mit der freien Stadt Danzig, der volle Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit hat, den polnischen Konkurrenten auf den Auslandsmärkten zu schlagen.

Eine ähnliche Behandlung erfordern auch die Auslandsreisen der Pressevertreter, die heute einem wenig elastischen System in der Passfrage unterliegen. Man kann nicht zu verlangen, daß die Presse sich eine „Verstellung“ von den Ereignissen in der Welt macht und daß sie in der erforderlichen Weise die internationalen Fragen beleuchtet, wenn sie in dem freien Kontakt mit den Problemen des Auslandes beschränkt ist. Endlich müssen auch Ausnahmen eingeführt werden in den Passvorschriften gegenüber der studierenden Jugend. Das junge Geschlecht wird auf verschiedenen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens mit den anderen Völkern zusammenarbeiten müssen. Deshalb ist es notwendig, daß es in gebührender Weise fremde Länder kennenlernen und dadurch seinen geistigen Horizont erweitern. Wir denken, daß die Rückblicke auf die Schulungsreisen des Staates gerade hier am meisten zu sagen haben, denn der studierenden Jugend kann man gemäß nicht den Vorwurf machen, daß sie zu viel Geld aus dem Vater herausnimmt.“

Polonisierung der orthodoxen Kirche?

Der Metropolit der orthodoxen Kirche in Polen, Dionysius, hat angedeutet, daß in den orthodoxen Kirchen in Zukunft an den polnischen Rationalisierungen, wie dem 11. November (Unabhängigkeitstag), dem 3. März (Verfallsfest), dem 22. August (Todesstag des Staatspräsidenten Pilsudski und des Marschalls Pilsudski) und bei ähnlichen feierlichen Gelegenheiten, nach Schluß des Gottesdienstes die polnische Nationalhymne „Gott, der du Polen...“ abgesungen ist. Bisher war das nicht üblich. „Wiemehr fanden bisher noch alljährlich 24 Dankgottesdienste aus Anlaß der Befreiung Moskaus von den Polen vor 300 Jahren statt. Weiter hat der Metropolit verfügt, daß ein „Ausdruck“ gebildet wird, der eine Übersetzung der orthodoxen Liturgie in die russische Sprache ist. In die polnische Sprache durchzuführen hat Ob diese Anordnung darauf hinausgeht, daß das Altgläubige in den orthodoxen Kirchen in Zukunft durch das Polnische ersetzt werden soll, ist noch nicht entschieden. Da es orthodoxe Polen so gut wie gar nicht gibt, fehlt für eine „Polonisierung“ der orthodoxen Gottesdienste keine Voraussetzung. Die Orthodoxen in Polen sind entweder Weißrussen oder Ukrainer. Die letzteren bemühen sich seit Jahren um die Annäherung der ukrainischen Sprache in den orthodoxen Kirchen. Auf ihre Wünsche ist der Metropolit bisher jedoch nicht eingegangen. Seine erwähnten Verfügungen haben in den Kreisen der Gläubigen allgemeines Aufsehen und berechtigtes Unruhe hervorgerufen. Der Metropolit hat mit dem Vorwurf des Kulturreinigungs bessere Beziehungen zu unterhalten als mit der Gläubigen der ihm unterstehenden Gemeinden. Er scheint sich diesen gegenüber in einer ähnlichen Kampfstellung zu befinden, wie etwa der Generalprokurator des Bistums gegenüber den einflussreichen Deutschen seines Kirchenbereichs.

Die Subutenenbüchsen haben den geringsten Geburtenüberschuß.

Das Statistische Staatsamt in Prag hat Angaben über die Bevölkerungsbevægung in zwei Teilen dieses Jahres veröffentlicht. In dieser Zeit wurden 47 637 tschechische und slowakische, 12 978 deutsche, 4404 magyarische, 5303 russische und 1055 jüdische Kinder geboren. Gestorben sind in dieser Zeit 32 928 Tschechen und Slowaken, 10 979 Deutsche, 2983 Magyaren, 2800 Russen und 623 Juden. Es ist interessant, den Geburtenüberschuß des ermittelten Vierteljahres mit dem in entsprechenden Vierteljahr 1931, in dem die Krise erst begann, zu vergleichen. Seiher ist der Geburtenüberschuß bei den Tschechen und Slowaken um 24 o. h., bei den Juden um 34 o. h., bei den Deutschen um 31 o. h., bei den Magyaren um 19 o. h. und bei den Russen um 18 o. h. gesunken. Das Sinken des Geburtenüberschusses ist also bei den Deutschen am größten. Dies ist wohl auch ein Beweis dafür, daß gerade die Deutschen von der Wirtschaftskrise am schwersten betroffen sind.

Arbeitslosenend der Endenbüchsen.

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten betrug Ende Oktober 78,71 auf 1000 Einwohner (September 75,95). An den tschechischen Gebieten dagegen waren nur 30,74 Einwohner je 1000 arbeitslos (September 29,28). Daraus erhellt, daß die ohnehin unter der Arbeitslosigkeit schwerer leidenden deutschen Bezirke im Oktober wiederum ein größeres Anmoßen der Arbeitslosigkeit aufzuweisen haben, als die tschechischen. Karlsbad mit 1164 Arbeitslosen (das sind 234,5 Erwerbslosen auf 1000 Berufstätige) und Graßitz mit 27798 Arbeitslosen (das sind 378,9 auf 1000 Berufstätige) erreichen den Gipfel der wirtschaftlichen Verelendung.

Nachläufige Erwerbslosenziffer im Gebiet der Freien Stadt Danzig.

Den Bemühungen der Danziger Regierung ist es gelungen, den Kampf gegen die Erwerbslosigkeit im Gebiet der Freien Stadt Danzig erfolgreich fortzusetzen, so daß auch im September 1934 die Erwerbslosenziffer rückläufig gewesen ist. Die starke Verminderung der Erwerbslosigkeit im Gebiet der Freien Stadt Danzig geht aus folgender Gegenüberstellung hervor. Es waren (jeweils Ende September) als erwerbslos gemeldet: 1934: 16 588 Personen, 1933: 25 219 Personen, 1932: 30 469 Personen.

Prozeß der baltischen Nationalsozialisten.

Am 29. November findet vor dem zuständigen ordentlichen Gerichtshof in Reval der längst ermartete Prozeß der baltischen Nationalsozialisten statt. Die Anklage lautet auf Angehörigkeit zu einer vereinstetlich nicht angeordneten Organisation mit politischen Zielen. Das estländische Strafgesetz sieht für dieses Vergehen Haftstrafen vor. Die Zahl der Angeklagten beträgt 26. Es sind dieses der Führer der Baltischen Nationalsozialistischen Bewegung in Estland Viktor von Sur-Mühlis, former Hans von Schulmann, Heinrich Jucum, Ernst Earmann, Christfried Peh-

bert, Georg Pehbert, Wilhelm Hirsch, Walfrid Eichhorn, Nikolaus von Pylar-Pilshan, Kurt Klinge, Ewald von Kottbek, Ernst von Maydel, Emil Maffio, Otto Haller, Walter von Wabl, Waldemar Hoehne, Alexander Kreck, Werner Hildebrand, Heinrich von Dehn, Karl Lindberg, Egon Pallas, Harald von Samson-Himmelfierne, Karl Vogel, Paul Gutmann, Bruno Sellheim und Hermann von Berg.

Eine Milliarde Obfihilfe.

Die mit der Durchführung des Obfihilfeverfahrens beauftragten Landstellen sind in ihrer Arbeit vielfach kritisiert worden. Zu ihrer Rechtfertigung schreibt nun Dr. Vermerk über das Ergebnis der Obfihilfearbeiten und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft des Obfihilfegebietes u. a. folgendes: Durch das Obfihilfe-Entschuldigungsverfahren seien bisher etwa 740 Millionen Reichsmark in das Obfihilfegebiet geflossen. Nach Beendigung der landwirtschaftlichen Obfihilfe wurden es mehr als 900 Millionen RM. In den bisher abgeklärten 36 000 Fällen seien durch Vermittlung der Landstellen auf sieben Millionen Morgen Land mehr als 440 Millionen in Form von Hypotheken ausgegeben worden. Wenn die noch schwelenden 12 000 Verfahren durchgeführt seien, würden 600 Millionen als Entschuldigungsdarlehen ausgezahlt sein.

Dazu können mehr als 100 Millionen, die das Reich zur Stützung besonders bedürftiger Betriebe, vor allem in den Grenzgebieten, zur Betriebsverbesserungen und andere landwirtschaftliche Zwecke eingesetzt habe. Den ländlichen Genossenschaften habe das Reich die vielfach uneinbringlichen Forderungen gegen Obfihilfetriebe mit etwa 170 Millionen abgekauft. Schließlich seien noch die verschiedenen Erntearbeiten zu erwähnen. Da aber die von der Obfihilfe angeforderte dauerhafte Erhaltung des Hofes nicht allein durch die Vereinigung der Schulden erreicht werden könnte, werde von den Landstellen und der Industriebank in allen Fällen sorgfältig geprüft, inwiefern Vieh und Maschinen erneuert und ergänzt, Gebäude ausgebaut und andere Verbesserungen getroffen werden könnten. Auch für diese Zwecke würden in erheblichem Umfang Obfihilfmittel bereitgestellt.

Von den mit der Durchführung der Obfihilfe betrauten Stellen werde alles getan, um den oft bis in ihre natürlichen Grundlagen hinein zerstörten Obfihilfbetrieben wieder zur Selbstung zu verhelfen. Mit Rücksicht werde neuerdings die Vermittlung durchgeführt, doch der Rhythmus der Obfihilfe im Land zur Neubildung deutschen Bauerntums (wie Siedlung) in einem Umfang zur Verfügung stellen müßte, das es als Gegenleistung für die Hilfe der Allgemeinheit und für Verluste von Gläubigern angeben werden könne. Der Referent teilt mit, daß in vielen Fällen Entschuldigungsverträge zurückgezogen und auf die Obfihilfe verzichtet wurde, um der Landabgabepflicht zu entgehen. Das billige Verlangen einer angemessenen Landgabe habe somit die Obfihilfe von solchen Verfahren bereinigt, deren Antragsteller nicht finanzierungsbedürftig waren.

Die Flucht Artur Sirks.

Am Spätnachmittag des 11. November befindet sich ganz Estland im Aufruhr. Alle Wege, die aus der Gefängnisstadt ausgeführt, stehen unter strenger Bewachung, überall auf den Landstraßen werden Kontrollposten von der Polizei angehalten und durchsucht, die Reisenden in die Eisenbahnzüge müssen sich peinlichste Dokkontrollen unterziehen, die Grenzwaache ist angewiesen, nicht eine einzige lebende Seele über die Landesgrenze entweichen zu lassen. Es wird nach dem Zutritt der Freiheitskämpferbewegung gefahndet, der um 16.28 Uhr aus dem Revaler Zentralgefängnis geflüchtet ist. Die Strafanstalt, in der Sirks seit seiner Verhaftung am 12. März d. J. eingekerkert war, heißt im Volksmund auch heute noch „Batterie“, was auf die ursprüngliche militärische Bestimmung des Bauwerkes hinweist. Die Flucht aus diesem sicheren Verwalter galt mit Recht als nahezu unmöglich, da nur eine einzige Verbindung mit der Außenwelt besteht, und zwar durch einen Corridor, der beiderseits sowohl zum Gefängnisblock als auch nach außen durch je eine eiserne Pforte hindurch gestrichelt ist. Die Bewachung des Gefängnisses war eine überaus strenge, besonders seit im Sommer Gerichte aufgetaucht waren über eine Veranschönerung, die dem gefangenen Freiheitskämpfer-Führer die Freiheit wiedergeben sollte. Man erzählte sich, daß in den Krallen der verdorbenen und verfolgten Bewegung die Vorbereitungen zur Entführung Sirks schon weit gediehen und daß namhafte Selbstretter für diesen Zweck bereitgestellt wären. Der Gefangene selbst hatte wiederholt erklärt, er denke nicht an Flucht, da er von keinem unparteilichen estländischen Gericht auch nur das Geringste zu befürchten habe.

Am Hofte fand er sich auf Grund des § 102 des estländischen Strafgesetzes, der schwere Justizhathstrafen für die Angehörigkeit zu einer Organisation vorsieht, die einen gemeinsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung zum Ziele hat. Sei es nun, daß Sirks jene Ablichten geändert haben sollte, weil ihm durch der Zeit doch Zweifel an der überparteilichkeit der estländischen Gerichte gekommen sind, bei es, daß er von vornherein die Absicht hatte, der Behörde bloß Sand in

die Augen zu streuen; jedenfalls hat er sich am 11. November den Fäden seines politischen Koselohne entzogen, und hat schon längst flüchtig und immer wieder hinausgehenden Prozeß Sirks und Gefangenen wie ohne den Hauptanklagenden vor sich gehen lassen. Über die Einzelheiten der Flucht liegen amtliche Mitteilungen vor. Sirks war mittelmäßig, da er über ein inneres Leiden klagte, in das Gefängnislazarett übergeführt worden und genoh als Inoffiz des Lazarets die Vergünstigung, zu bestimmter Stunde auf dem Gefängnishof spazieren gehen zu dürfen. Diegen Umstand allein verdankt er das Gelingen seines Vorhabens. Am Tage der Flucht spielte sich vor den Augen des Überwachungsdienstes im Gefängnishof folgende Szene ab: Als der Sträfling das Gefängnisstor auf seinem Ranggang um den Hof polierte, öffneten sich plötzlich die Jalousien oberer Stock und floßen sich ebenso zügig hinter dem Flüchtling, der im Corridor verschunden war.

Eine sofortige unmittelbare Verfolgung war nicht möglich. Sirks passierte den Corridor, durchschritt die zweite, ebenso sich weit öffnende Pforte und setzte seine Flucht mit einem vor dem Gefängnis seiner barrenden Kontrollposten fort. Gleichzeitig mit Sirks flüchtete der Gefängnisbeamte, der an jenem Tage den Wächterposten im Corridor hatte.

Daß das ganze amtliche Estland mehrere Viertelstunden nach diesen Vorgängen einem aufgeloßerten Zumeinhausen pfand, wird verständlich, wenn man bedenkt, daß der Flüchtling der Führer einer Bewegung ist, die nach vor Jahresfrist beim letzten verfassungsändernden Volksentscheid über zwei Drittel der Wählerstimmen das Land hinter sich ließ, und immer wieder hinausgehenden Prozeß Sirks und Gefangenen wie ohne den Hauptanklagenden vor sich gehen lassen. Eine solche unmittelbare Verfolgung war nicht möglich. Sirks passierte den Corridor, durchschritt die zweite, ebenso sich weit öffnende Pforte und setzte seine Flucht mit einem vor dem Gefängnis seiner barrenden Kontrollposten fort. Gleichzeitig mit Sirks flüchtete der Gefängnisbeamte, der an jenem Tage den Wächterposten im Corridor hatte.

Sticht Sirks unmittelbar nicht zu schaffen haben. Amlich wird gemeindet, daß gewisse Verdachtsmomente gegen die Flieger bestehen bleiben, daß sie ungewöhnlich viel Brennstoff getankt hätten und außerdem im Besitz finnischen Geldes angetroffen wurden. Die Sticht Sirks sei mit einem Motorboot kurz über den Finnischen Meerbusen zur finnischen Küste bemerkenswert worden. Das Flugzeug sollte, so glaubt die unterforschende Behörde, eingekert werden, falls das Untersuchungsamt mit dem Motorboot nicht klappt. Der Direktor des Zentralgefängnisses und Stellvertreter werden sofort ihrer Ämter enthoben, ebenso wie das Aufwachtpersonal entlassen, das zur Zeit der Sticht Dienst tat. Am 13. November meldet eine Helsingfors Abendzeitung, man habe Sirks in Helsingfors auf der Runnergröfse gesehen. Bild beobachtete sich die Nachrichten, wonach Sirks in Finnland glücklich angelangt sei, man erfährt auch den Ort an der Küste, wo die Landung vor sich ging. Am 16. November meldet die finnische Presse, Sirks habe die Absicht, sich um 2 Uhr nach dem finnländischen Behörden zu stellen. Der Chef der finnländischen Staatspolizei ist indessen noch nicht in der Lage, das Bericht über die Anwesenheit des estländischen Flüchtlings auf finnischem Boden amtlich zu bestätigen. Am 17. entlich mich ein Ammal amtlich gegeben, daß Sirks in Finnland ist. Die Behörde gibt bekannt, im Zusammenhang mit der Sticht seien in Estland insgesamt sechs Personen verhaftet worden, im übrigen werde die Untersuchung fortgesetzt. Die finnländischen Blätter äußern allgemein und ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung die Ansicht, daß Sirks als politischer Flüchtling in Finnland das Asylrecht genießen werde und daß seine Auslieferung nach Estland nicht in Frage komme. Obgleich wegen unerlaubten Überschreitens der Grenze werde er eine leichte Strafe hinnehmen müssen. Die so oben-tuerlich begonnene Sticht aus der Revolte „Botterici“ ist geschildert.

Die estnische Systempresse verlor sich dem Ereignis politisches Kapital zu schlagen, indem sie die Sticht Sirks aus dem estländischen Ereignis ins Ausland zu ausgelast, als hätte der Kapitän das linke Schloß der Freiheitskämpferbetriebe verlassen, seine Person in Sicherheit gebracht und die an Bord verbliebene Beladung ihrem Schicksal überlassen. Sie verlor sich dem Vorgang als Einzelakt der Schwäche seitens der Bewegung zu werten. Doch klingt diese Auslegung wenig überzeugend, wenn man die Ansichten des estländischen

Oberbefehlshabers General Vaioner damit vergleicht, in dessen Händen zur Zeit fünfjährige politische Säden in Reval zusammenliefen. Vaioner erklärte vor der Presse, die Bewegung der Freiheitskämpfer habe sich nach dem Märzverbot in zwei Lager geteilt. Das eine habe Anflugh an die gegenwärtige Regierung und erstrebe nichts Subtiler als ein Wiederaufleben der politischen Tätigkeit der Bewegung streng im Rahmen der bestehenden Sozialordnung, die andere habe die Sticht in die Illusionen wohlgehe und habe das Ziel, dem heute in Estland herrschenden System auf Verfechtung zu Verleug zu geben. Diese weite Richtung würde von Finnland aus geleitet, und zwar bisher durch Estl. den gleich nach dem Märzereignis geflüchteten nächsten Mitarbeiter des Führers Sirks. Die Befreiung Sirks sei eine Tat dieser Verfechtung gegen den estländischen Staat. Somit General Vaioner. Was jenen zu erwarten ist, bedeutet keineswegs eine fortgesetzte Verhärter der Freiheitskämpferbetriebe und ihr allmähliches Absterben, wie das die estnische Systempresse wahr haben will, sondern im Gegenteil eine Aufnahme des Kampfes gegen das amtliche System von heute auf der ganzen Linie. Aus den gleichen Pressenstimmen, die für die geächtete Sticht Sirks eine so schärfste Beurteilung hatten, läßt sich die gebirgige Sorge herauslesen, daß der befreite Sirks eine Aktivierung der Freiheitsbewegung im estnischen Volke bedeuten kann. Nicht umsonst regt sich dieselbe Presse über den großen Widerball auf, den die Sticht Sirks in der Bevölkerung des Landes gefunden hat. Und wegen der tiefen Erregung, die diese Sticht in die Massen hineingetragen hat, ist der Verlust der Systempresse verständlich, die Verleug der gestrigen Oberhaupt des Abgründers der Bewegung zu diskreditieren. Eine Politik, die innerlich in Bezug auf den obersten Führer der Bewegung, General Parka, nicht ohne Erfolge getrieben werden ist. Freilich erscheint aber, ob diese Methode des politischen Kampfes Sirks gegenüber verstanden wird, da er entschieden weniger Angriffsfähigkeit bietet, als bei Parka der Fall war, und da ferner die Regierung Päts-Vaioner heute noch 1/2 Jahr am Zuge ist, ohne es wagen zu können, den März verhängten Kriegszustand aufzuheben und die Vertrauensfrage an die Nation durch Ausschreibung von Volksabwahlen zu stellen.

Der Fremdenverkehr in den schlesischen Bädern.

Schlesien hatte in diesem Jahre einen härteren Fremdenverkehr als im vergangenen Jahre zu verzeichnen. Doch wurde von den Interessenten der Fremdenindustrie darüber geklagt, daß die Besucher ihre Bedürfnisse gegen früher eingestrichelt hatten. Das ist wohl eine allgemeine Erscheinung, die sich zum Teil daraus erklärt, daß dank der großzügigen Unterstützung des Urlauberverkehrs durch die nationalsozialistische Regierung und die NS-Organisationen auch die weniger gut situierten Volksgenossen in härtererem Maße als früher unter den „Stemmen“ vertreten sind. Der Ausländerverkehr in Schlesien war gering. Die ausländischen Gäste kommen hauptsächlich aus dem östlichen Bändern Europas, und zwar vorwiegend aus Polen, und hier wiederum aus dem ehemals russischen Schlesien, und aus dem Streitstaate Dänzig. Gäste aus dem Westen Europas und übersee waren in den letzten Jahren nur vereinzelt festzustellen. Eine besondere Rolle spielte die Bewegung der schlesischen Bäder durch die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Wenn auch aus den anderen deutschen Gauen nach Schlesien insgesamt 11 073 Urlauber gebracht worden sind, während der Gau Schlesien in andere deutsche Gauen 12 231 Urlauber geschickt hat, und außerdem 18 003 schlesische Urlauber Seefahrten unternommen haben, so bezeichnet die genannte Organisation die voranzugangene Beschäftigung der schlesischen Bäder gegenüber dem vorangegangenen Jahre als „sehr gut“, und es kommt noch, daß durch die genannte Organisation mehrere 26 601 Urlauber mit Wohnnachlässen aus Schlesien zum größten Teil nach schlesischen Orten durchverleert worden sind.

Das am meisten besuchte schlesische Bad war in diesem Jahre Schreiberhau, das allein in den fünf Monaten April bis August von nicht weniger als 27 382 Personen mit 293 761 Übernachtungen „abgehurt wurde“. „Abgehurt“ bedeutet, daß ein jeder eine Stierung um 50 v. H., woran jedoch Urlaubsfahrern der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ mit 337 Urlaubern und rund 27 000 Übernachtungen beteiligt sind. Aber auch nach Abzug dieser Zahl ergibt sich für Schreiberhau ein starker Mehrbedarf gegenüber dem vergangenen Jahre, in dem lediglich 18 385 Personen mit 202 37 Übernachtungen im gleichen Zeitraum registriert wurden.

Bad Reinerz mis in der Zeit von April bis einschließlich September 20 018 Kurgäste und Pflanzten auf gegenüber 17 657 im vergangenen Jahre. Der Gesamtbesuch dieses an zweiter Stelle stehenden schlesischen Bades ist demnach gegenüber dem Vorjahre um rund 13,5 v. H. gestiegen; hierbei ist zu berücksichtigen, daß die einjährige 585 Urlauber der „Kraft durch Freude“-Organisation derberbergt hat.

An dritter Stelle unter den schlesischen Bädern steht Krummhübel mit 20 082 Besuchern für die Zeit von Januar bis einschließlich September gegenüber 17 669 im Vorjahre. Die Steigerung beträgt somit ebenfalls 13,5 v. H., wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß bei dieser Steigerung 2313 „Kraft durch Freude“-Urlauber mit 13 100 Übernachtungen nicht berücksichtigt sind, so daß die Zunahme von Krummhübel die von Reinerz noch übersteigt.

Der nächst stark besuchte Kurort ist Brückenberg. Hier weilten in diesem Jahre vom 1. Januar bis zum 30. September 16 765 Kurgäste gegenüber 15 541 im vergangenen Jahre. Von diesem Bad liegen auch genaue Angaben über die Zahl der Durchreisen vor, die gleichfalls eine Steigerung von 20 602 auf 22 669 in diesem Jahre aufweist. In diesem günstigen Ergebnis ändert auch der Anteil der „Kraft durch Freude“-Besucher nichts, da in Brückenberg-Wang nur 385 Volksgenossen durch Vermittlung dieser Organisation weilten.

Das Herbstbad am nimmt mit 7245 Kurgästen in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September die nächste Stelle ein. Hierbei sind jedoch Pflanzten und Kurgäste mit einem Aufenthalt unter zehn Tagen nicht berücksichtigt. Auch dieses Bad weist eine erfreuliche Zunahme des Besuches um rund 16 v. H. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres mit nur 6235 Kurgästen auf.

Als nächst beliebter Fremdenkehrsort übertrifft Hain, das in diesem Jahre in der Zeit vom 1. April bis 30. September 7259 Fremde gegenüber 6745 im Vorjahre aufnahm und so eine Steigerung von 7,6 v. H. aufweist kann, wobei jedoch bei der diesjährigen Besucherzahl etwa 1,5 v. H. „Kraft durch Freude“-Besucher in Rechnung gestellt werden müssen.

Bad Solzbümmen im Waldenburger Bergland, folgt mit 7066 Kurgästen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September gegenüber 5176 im Vorjahre. Das Waldenburger Bad wurde in der gleichen Zeit von 4304 gegenüber 3546 Kurgästen besucht, die Zahl der Übernachtungen von Pflanzten liegt hier bei 2350 auf 1934. Das Herbstbad Altbeide mis in der Zeit vom 1. Oktober 1933 bis 30. September 1934 8470 Kurgäste gegenüber 7807 im Vorjahre auf. Entsprechend steigt die Zahl der Pflanzten von 3961 auf 4369. Der Gesamtbesuch des Moorbades Bad Landeck am 1. Oktober 1933 bis 30. September 1934 betrieffte sich auf 7746 Kurgäste gegenüber 6993 im Vorjahre. Bad Landeck klagt jedoch über einen Rückgang der Pflanzten durch die Erhebung der vollen Kurtaxe von Besuchern, die das Bad nur zur Erholung aufsuchen.

In etwas größerem Abstand folgt dann schließlich Bad Flinsberg, das in der gleichen Zeit von 4745 Kurgästen gegenüber 4421 im Vorjahre besucht wurde. Auch hinsichtlich der Zahl der Pflanzten kann die Graf-Schlossgesellschaft Badeverwaltung eine Zunahme von 9663 auf 11 033 im Jahre 1934 verzeichnen, nach an letzter Stelle stehen Bad Schreiberhau und Krummhübel. In Krummhübel, von dem das letzte jedoch nur von April bis Oktober geöffnet ist, Charlottenbrunn wurde in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres von 1640 Kurgästen und Erholungsuchenden gegenüber 1680 im vergangenen Jahre besucht, das Grafshofer Bad- und Moorbad von 1096 gegenüber nur 729 Kurgästen im Vorjahre. Dieses Bad weist also mit etwa 50 v. H. Steigerung die relativ größte Fremdenkehrzunahme auf, was durch die stärkere Werbung mit Pflanzten der Sozialversicherungen begründet wird.

Sippenforschung im Osten.

Wenn heute ein großer Teil unseres Volkes ernstlich daran geht, seine Ahnen zu erschließen und sich dabei nicht allein darauf beschränkt, Daten der Geburt, Erziehung usw. zu sammeln, sondern auch erforscht, wie und wo die Vorfahren gelebt haben, dann erfährt man erst von den Schwierigkeiten an allen Ecken und Enden, die bei einer solchen Forschung entstehen. Aber trotz alledem — wir sind von der Nachforschung nach unserer Sippe unter keinen Umständen befreit und dürfen aus Gründen der Bequemlichkeit und vielleicht auch der Rohren-erparnis unferen Nachkommen die Antwort nicht schuldig bleiben, wenn sie uns fragen: „Wer sind meine Vorfahren gewesen?“

Stammen die Ahnen aus dem jetzigen Gebiet der Freien Stadt Danzig, so ist dieses evangelische oder katholische Pfarramt gern bereit, Auskunft zu geben, vorausgesetzt, daß man wenigstens einigermaßen Anhaltspunkte geben kann. Ältere Kirchenbücher falls älter evangelischer Gemeinden liegen im Staatsarchiv, während die Kirchenbücher der katholischen Gemeinden bei den zuständigen Pfarrämtern aufbewahrt werden.

Bei Anfragen nach dem heutigen Polen wende man sich an die deutschen Konsulate, die die Anfragen an die zuständigen Pfarrämter von sich aus weiterleiten. Die Erledigung dauert natürlich immer eine gewisse Zeit und verursacht auch Kosten für Subskript., Porto, Stempel usw.

Neben diesen amtlichen Stellen beschäftigen sich noch mit Sippenforschung die *„Gillien“* oder *„provinziellen Vereine“* (in Danzig die Gesellschaft für Familienforschung, Wappen- und Siegelkunde) und die beruflich tätigen Sippenforscher. Die

beiden letztgenannten sind zusammengeschlossen im Reichsverein für Sippenforschung und Wappenkunde unter Führung des Sachverständigen für Sippenforschung beim Reichsministerium des Innern, Dr. Alchim Störke.

Der Vorschlag für alle persönliche Mühe und Subskript. ist mitunter ganz übersehend. Hier ein Beispiel: Im Jahre bereits 1787 erschienenen Werke fand ich eine Schilderung eines meiner Ahnen. Sie sei hier wörtlich wiedergegeben:

„August Jacob Fribe. Ein beliebter Prediger. Er ist von Halle gebürtig, wo er auch, von Jugend auf, Schulen und Universtität frequentierte. A. 1756 wurde er Feldprediger, u. machte zwey Chormaginen in Wehmen mit. A. 1758 erhielt er das Pastorat zu Warmbrunn. Er hat sich um die hiesige massive Kirche wohl verdient gemacht, und sie ist wirklich nach seinem Plan gebaut. Im Ritual bey dem Gottesdienste geht er auch seinen eigenen Gang. Ein besonderer Zufall hat ihn hierjün ausgezeichnet. Er hatte seinen Bruder Hieron. Fribe bey sich, dessen Kondukte ihm nicht ganz anständig war. Diesem gab er einft 1770 eine einzige Ohrfeige, nach welcher sich jener flugs niederlegte, und andern Tags todt im Bette gefunden wurde. Man vorbereitete sich das böse Gerüchte: Der Pastor Fribe in Warmbrunn habe seinen lieblichen Bruder erschlagen.“ Er wurde angeklagt, nach Schwereidnig sein Verhör, u. in Arrest gebracht, auch wirklich auf einige Zeit als Officio suspendirt. Endlich befand sich die Anklage falsch, daher ist er wiederum in sein Amt eingesetzt worden.“

Sippenforscher Otto S. J. Leuthold, Danzig-Zoppot. Die

Buchbesprechungen.

Ein offenerhäuser Kleinbahnroman. Ein neuer Roman aus dem unerlöschlichen Offpreußen: Hans Georg Buchholz. Er folgt die Heimat einmal von einer anderen Seite an, als die meisten Schriftsteller es tun. Er zeigt, daß hier nicht nur die Fragen des Grenzlandes — Inbrenn auch die einfachen Menschen des Alltags lebendig sind, und zwar mit allen „Menschlichkeiten“, im guten wie im bösen. Der Roman: „Der Markt zu Hakenbraun“ erzählt vom Kleinbahntreiben in einem masurenischen Flecken (2000 Einwohner und 20 Vereine, in denen der anständige Bürger vertreten sein und Beitrag zahlen muß), vom Spießertum, Ritten, Craig und Güte. Der Dichter hat aus Erfahrungen geschöpft, bietet Erfahrungen, und doch den letzten Glauben nicht verloren. Das spielt man, und das erhöht sich Buch über das Schmere und Häßliche, von dem es eine fast übergroße Pelt trägt. Dr. v.

Zu Timm Krügers 90. Geburtstag hat Dr. Hellmuth Langenbucher eine Auswahl aus des Dichters Schaffen gebracht. Timm Krüger entsammt derselben germanischen Kraftquelle, aus der die Ostlandfahrer früher Jahrbunderte fleischig gestaltet waren. Das Meer raucht, die Wälder rauschen. Die niederdeutsche Welt läßt zur Verwunderung, zur „Stillen Einkerbung“. (So heißt das bei W. Westermann, Braunschweig, erschienene Buch, Preis 4,80 RM.) Mit einem Wort kann man das Werk des Dichters in Ursprung und Ziel, in Länge und Weite, in Stärke und Tiefe umreißen: Heimat. Die Menschen, die Krüger uns erleben läßt, sind hart, schmer, ganz — sind Bauern unseres Blutes und sind somit in Wesen und Wirken gültig für Deutschland, auch für Deutschlands künftiges Leben. Dr. v.

Sachsenpiegel (Handr.). Herausgegeben von G. Str. von Schwertin. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 3355 und 3356, 164 Seiten. Gebestet 70 Pf., gebunden 1,10 RM. — Der Sachsenpiegel ist das älteste und ursprüngliche Rechtsdokument unseres Volkes. Der sächsische Ritter und Schöffe Eike von Repgow schrieb im 13. Jahrhundert das in den sächsischen Landen geltende Recht in der Sprache seines Volkes nieder und bezeichnete das Buch als den Spiegel der Sachsen, weil er abspiegeln sollte das Recht, das damals her unsere Vorfahren auf uns gebracht haben. Dieses deutsche Recht ist auch in Seiten der Überformung durch römisches Recht nicht ganz verlorengegangen. Das neue Deutschland hat den alten Sachsenpiegel wieder in den Mittelpunkt unseres rechtlichen Lebens gerückt. Im Jahre 1933 wurde Eike und seinem Förderer, dem Grafen von Falkenstein, bei Meisdorf am Harz ein Gedenkstein gesetzt. „Der Sachsenpiegel“ ist ein „wichtiges, unverwundenes, unvergängliches“ Rechtsdokument wird der Sachsenpiegel als Grundlage wahren deutschen Rechts mit zu Rate gezogen. Der Verlag Philipp Reclam jun. hat dieses volksdeutsche Werk schon vor mehreren Jahrzehnten in seiner Universal-Bibliothek herausgebracht. In diesen Tagen erschien eine dem heutigen Stand der Forschung entsprechende Neuauflage von Prof. Str. von Schwertin, dem bekannten Freiburger Gelehrten. Der Neuauflage liegt eine in Merseburg befindliche mittel-deutsche Handschrift zugrunde, die unserem heutigen Hochdeutsch am nächsten kommt. Durch Vereinfachung der Rechtschreibung, durch hilfreiche Anmerkungen, durch ein Wörterverzeichnis sowie durch eine das Notwendige berichtende Einleitung ist der Gebrauch erleichtert.

Zum Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich. Der Verlag Reclam, Leipzig, hat einer Reihe bekannter Volkswirtschaftler das Wort gegeben, um sich mit den Ideen und brennenden Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus und Ausbaus auseinanderzusetzen und Wege zu weisen. Prof. Chaalheim spricht über „Die natürlichen und gesellschaftlichen Grundlagen der Wirtschaft“ und vom Werden und Wesen der modernen Wirtschaft, während er in einem besonderen Reclambandchen „Die Volkswirtschaft“ behandelt (besonders interessant das Kapitel über die Wanderungen). Prof. Wagener gibt einen guten und knappen Überblick über die „Geschichte der wissenschaftlichen Lehreinrichtungen“, den er bis in den Nationalsozialismus hinein leitet; Prof. Heim setzt sich auseinander mit dem „Wirtschaftlichen Kreislauf und seinen Gesetzen“, während Prof. Raab an jeden interessierendes Thema behandelt: „Die deutsche Volkswirtschaft der Gegenwart.“ Alle diese Ausführungen sind in dem „Reclambuch“, gebunden für 75 Pf., brosch. für 35 Pf., erhältlich.

Schaff' Dir Freude



Durch eine
Patenschaft im Winterhilfswerk

Verlag: Bund Deutscher Osten & W., Berlin W3 30, Königsplatz 44 — Fernruf: B 5 Barbarossa 0914 — Postfachkonto: Berlin 63839.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kretsch, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 11, — 3. u. 4. B. u.